

Agenda-Büro



Arbeitsmaterialie 3:

Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg

*Dokumentation des Kongresses vom
17. November 1998*



Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210 752, 76157 Karlsruhe - Telefon: 0721/983-1406 - Fax: 0721-983-1414

email: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de Internet: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Einleitung

Mit über 650 Teilnehmern übertraf der Kongreß „Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg“ am 17. November 1998 in Stuttgart alle vorherigen Erwartungen. Wie der baden-württembergische Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller zur Eröffnung feststellte, hat baden-Württemberg damit die Herausforderung der Agenda 21 angenommen. Wie dabei den Kommunen als wichtige Umsetzungsebene geholfen werden soll, machte die Präsidentin der LfU, Frau Margareta Barth, mit der Beschreibung des dort eingerichteten Agenda-Büros deutlich.

Neben diesen Beiträgen werden im folgenden auch die Referate dokumentiert, die vier **Schwerpunkte** einer Lokalen Agenda behandelten:

1. Neue Formen der **Bürgerbeteiligung** wurden anhand der Lokalen Agenda-Prozesse in Stuttgart und Friedrichshafen näher erläutert. Ein weiterer Beitrag ging auf die Volkshochschulen als wichtiges Forum der Lokalen Agenda ein. Ferner wurde ein Überblick über neue Ansätze zur Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg gegeben.
2. Von der Ökologischen **Stadtentwicklung** zur Lokalen Agenda 21 war Thema des zweiten Schwerpunkts. Dies wurde am Beispiel des „Programms 2001 - Ökologische Stadtentwicklung Ravensburg“ und des Heidelberger Stadtentwicklungsplans als Grundlage der dortigen Lokalen Agenda verdeutlicht.
3. Wie Nachhaltigkeit in der **Verwaltung** selbst umgesetzt werden kann, wurde am Beispiel des Kommunalen Öko-Audits beschrieben. Hier schilderten die Modellkommunen Teningen und Leutkirch ihre Erfahrungen.
4. Die Kooperation mit der **Privatwirtschaft** als wichtige Aufgabe der Lokalen Agenda 21 schilderten abschließend drei kommunale Beispiele: Das Gottmadinger Umweltmodell hilft Unternehmen bei der Einführung von

Umweltmanagementsystemen, der Arbeitskreis Ökologie und Wirtschaft in Schramberg ist zu einem dauerhaften Diskussionsforum zwischen Kommunen und Privatwirtschaft geworden, in Karlsruhe führten Stadt und Handwerkskammer ein Pilotprojekt zum Öko-Audit mit Handwerksbetrieben durch.

Zu einigen Beispielen sind über die dokumentierten Referate hinaus beim Agenda-Büro Informationsmaterialien erhältlich. Hierauf wird einleitend zu jedem Schwerpunkt hingewiesen.

Impressum:

Bearbeitung: Gerd Oelsner, Agenda-Büro, LfU
Layout: Tobias Bruns, Agenda-Büro, LfU
Herausgeber: Landesanstalt für Umweltschutz (LfU)

Bestelladresse:

Landesanstalt für Umweltschutz
Agenda-Büro
Postfach 21 07 52
76157 Karlsruhe

Inhalt

Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg

Ulrich Müller, MdL, Minister für Umwelt und Verkehr des Landes Baden-Württemberg5

Das Agenda-Büro Baden-Württemberg

Margareta Barth Präsidentin der Landesanstalt für Umweltschutz, Karlsruhe7

Lokale Agenda 21: Neue Formen der Bürgerbeteiligung9

Gemeinschaftsinitiative Lokale Agenda Stuttgart - Die Bausteine für den Stuttgarter Weg

Peter Launer Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 in Stuttgart10

Von Rio nach Friedrichshafen - Bürgerforen und Projektgruppen im Rahmen der LA 21

Dr. Tillmann Stottele Leiter des Amtes für Umwelt und Naturschutz, Friedrichshafen12

Volkshochschulen als Forum der Lokalen Agenda

Dr. Bodo Degenhardt Volkshochschulverband Baden-Württemberg15

Agenda 21 - Nachhaltige Entwicklung durch Diskurs

Prof. Dr. Ortwin Renn Vorstandsmitglied der Akademie für Technikfolgenabschätzung17

Von der Ökologischen Stadtentwicklung zur Lokalen Agenda 21.....20

Ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung Ravensburg

Hermann Vogler Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg21

Der Stadtentwicklungsplan als Grundlage der Lokalen Agenda Heidelberg

Bruno Schmaus Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Heidelberg23

Nachhaltigkeit in der Verwaltung umsetzen: Kommunales Öko-Audit ..30

Öko-Audit als Lernprozeß der Verwaltung in Teningen

Holger Weis Umweltbeauftragter der Gemeinde Teningen31

Kommunales Öko-Audit im Rathaus, im Bauhof und im Schulzentrum

Georg Zimmer Bürgermeister der Stadt Leutkirch.....33

Kooperation mit der Privatwirtschaft als Aufgabe der

Lokalen Agenda 2135

Das Gottmadinger Umweltmodell für umweltbewußte und zukunftsfähige Unternehmen

Eberhard Koch Arbeitskreis Gottmadinger Umweltmodell36

Arbeitskreis Ökologie und Wirtschaft Schramberg

Dr. Herbert O. Zinell Oberbürgermeister der Stadt Schramberg38

Das Öko-Audit der Stadt Karlsruhe

Ulrich Eidenmüller Bürgermeister der Stadt Karlsruhe40

Eröffnung: Ulrich Müller, MdL

Minister für Umwelt und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 17. November 98

“Baden-Württemberg hat die Herausforderung der Agenda 21, die ein weltweites Aktionsprogramm für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung beschreibt, angenommen“, sagte Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller zur Eröffnung des Kongresses “Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg” am Dienstag (17. November 1998) in Stuttgart. Für die Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene komme den Städten und Gemeinden eine Schlüsselrolle zu. “Bei vielen Umweltthemen sind die Kommunen die entscheidenden Akteure, zudem verfügen sie über bürgernahe Informationswege. Ich freue mich, daß viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg bereits begonnen haben, vor Ort Agenda-21-Projekte umzusetzen“, erklärte der Minister.

Minister Müller machte deutlich, daß das Land die Kommunen bei der Umsetzung von Agenda-21-Projekten partnerschaftlich unterstützt. “Über Modellprojekte wollen wir für Probleme, die beim Agenda 21-Prozess auftreten, sinnvolle Lösungen aufzeigen. Beim Modellprojekt ‘Kommunales Öko-Audit’ wurde beispielsweise erprobt, wie das Öko-Audit – ein Instrument des betrieblichen Umweltschutzes – auf Städte und Gemeinden übertragen werden kann“, führte der Minister aus. Beim Öko-Audit handle es sich um ein Umweltmanagementsystem, durch das der Umweltschutz in der gesamten Verwaltung verankert und Einzelinstrumente besser gebündelt und koordiniert werden könnten. Zugleich sei das Öko-Audit ein geeignetes Hilfsmittel für die Kommunalverwaltungen, um den Agenda-21-Prozess einzuleiten. Darüber hinaus würden parallel zu den verschiedenen Modellprojekten methodische Hilfestellungen in Form von Leitfäden zur Verfügung gestellt. “Gerade zwei Wochen alt ist der neueste Leitfaden ‘Umweltmanagementsysteme für Kommunalverwaltungen’,

der die Erfahrungen aus dem Projekt ‘Kommunales Öko-Audit’ zusammenfaßt“, sagte Minister Müller. Schließlich sei im Frühjahr d. J. bei der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe ein Agenda-Büro eingerichtet worden, das die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Agenda 21 berät, die Erfahrungen im Land zusammenträgt und die Modellprojekte fachlich begleitet. “Für die Arbeit des Agenda-Büros kann bereits nach sieben Monaten eine erfolgreiche Bilanz gezogen werden: vielen Kommunen konnte das Büro bei ihren lokalen Agenda-21-Projekten wichtige Hilfestellungen geben“, sagte der Minister.

“Der Kongreß ‘Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg’ soll ein Forum bieten, auf dem die Erfahrungen aus den unterschiedlichen Städten und Gemeinden dargestellt werden“, betonte Minister Müller. Bei der Arbeit des Agenda-Büros habe sich gezeigt, daß immer wieder Fragen aus den Bereichen Bürgerbeteiligung, Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit in der Verwaltung und Kooperation mit der Privatwirtschaft aufgetaucht seien. Diese Bereiche fänden sich daher als thematische Blocks im Kongreßprogramm wieder. “Agenda-21-Prozesse wurden meist dann erfolgreich auf den Weg gebracht, wenn Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung die treibenden Kräfte waren. Ich hoffe, daß durch den Informations- und Erfahrungsaustausch weitere Städte und Gemeinden dazu angeregt werden, entsprechende Aktionsprogramme anzugehen“, betonte Minister Müller.

Auf dem Kongreß wird erstmals die Wanderausstellung “Lokale Agenda 21 in Baden-Württemberg” des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg und des Agenda-Büros bei der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg präsen-

tiert. Die Ausstellung, die über das Agenda-Büro (Tel.: 0721/983-1406) kostenlos ausgeliehen werden kann, richtet sich an interessierte Kommunen, Verbände und Unternehmen. Sie vermittelt grundlegende Informationen zum Thema "Agenda 21" und will damit weitere lokale Projekte im Land anstoßen.

Das Agenda-Büro Baden-Württemberg

Margareta Barth

Präsidentin der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Das Agenda-Büro wurde im April 1998 vom Land Baden-Württemberg gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden bei der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe eingerichtet. Das Büro soll den Kommunen praxisnah Hilfestellung bei der Einführung einer Lokalen Agenda 21 geben. Damit soll der Einstieg in den Prozeß der Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 für die Kommunen erleichtert und der Informationsaustausch zwischen den Kommunen gefördert werden.

Kleine Gemeinden

Eine besondere Zielgruppe des Agenda-Büros sind die kleineren Gemeinden, denen die Umsetzung der Agenda 21 aufgrund ihrer organisatorischen Struktur viel schwerer fällt als den großen Kommunen. Knapp 80 % der 1.110 baden-württembergischen Gemeinden haben weniger als 10.000 Einwohner. Einen Praxisleitfaden speziell für kleine Gemeinden hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland erstellt. Inzwischen wurden aus zwei Gemeinden (Weissach im Tal und Pleidelsheim) die Erfahrungen bei der Einführung einer Lokalen Agenda ausgewertet und veröffentlicht. Ein Einsteigerworkshop für kleine Gemeinden wird am 26. Januar 1999 bei der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe angeboten.

Regionale Vernetzung

Das Agenda-Büro unterstützt auch die Durchführung von Workshops auf regionaler Ebene. Einzelne Landkreise haben bereits Informationsveranstaltungen zur Agenda 21 durchgeführt oder eine Anlaufstelle im Landratsamt eingerichtet. In manchen Regionen gibt es bereits einen regelmäßigen Informationsaustausch der im Agendaprozeß aktiven Kommunen. Diese regionalen Verbundsysteme und Kooperationen werden mit Unterstützung des Agenda-Büros ausgebaut, um den Agendaprozeß flächendeckend

voranzubringen.

Materialien

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit des Agenda-Büros bildet die Erfassung und Dokumentation beispielhafter Aktivitäten. Interessierte Kommunen können aus dieser "Aktionsbörse" in den bisher erschienen rd. 20 Aktionsinfos viele Anregungen für ihre eigenen Vorhaben finden. Neben den Aktionsinfos werden umfangreichere Arbeitsmaterialien erstellt. Als Einstiegshilfe für alle Kommunen wurde z.B. ein Leitfaden zur Umsetzung der Agenda 21 erstellt. Die neueste Informationsschrift behandelt das Thema Öffentlichkeitsarbeit und enthält 30 Beispiele aus baden-württembergischen Kommunen.

Eine Übersicht über die in aller Regel kostenlos erhältlichen Materialien kann beim Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz, Griesbachstr. 1, 76185 Karlsruhe angefordert werden. Für Internet-Nutzer besteht auch die Möglichkeit sämtliche Informationen online abzurufen unter:

<http://www.uvm.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/agenda/>

Kommunales Öko-Audit

Nachhaltiges Wirtschaften durch Ressourcenschonung können die Kommunen mit dem Öko-Audit, an dem sie seit Februar 1998 teilnehmen können, praktizieren. Sie setzen in ihrem direkten Verantwortungsbereich Zeichen für eine umweltverträgliche Entwicklung und leisten damit einen wichtigen Beitrag für eine Lokale Agenda 21. Mit Isny und Leutkirch haben zwei baden-württembergische Kommunen als erste in Deutschland das Öko-Audit-Zertifikat für ihre Einrichtungen erworben. Für die Durchführung von Öko-Audits wurde der Leitfaden "Umwelt-

management für kommunale Verwaltungen“ von der Landesanstalt für Umweltschutz erarbeitet und an alle baden-württembergischen Kommunen verschickt. Die Landesanstalt für Umweltschutz bietet durch Workshops und Beratung auch zu diesem Thema Hilfestellung an.

Erfahrungen und Grundregeln

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen des Agenda-Büros lassen sich folgende Grundregeln beim Einstieg in die Lokale Agenda festhalten:

1. Lokale Agenda bedeutet Beteiligung der Bevölkerung. Dies heißt auch, den Konsens zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Öffentlichkeit bzw. Verbänden und Initiativen zu suchen. Dieser Konsens sollte möglichst früh gesucht und gefunden werden. So kann gemeinsam eine lebenswerte Zukunft vor Ort gestaltet werden.
2. Grundlage sollte ein kurzer Grundsatzbeschluss des Gemeinderats sein, der als Willenserklärung die Verantwortung der Kommune für eine zukunftsfähige Entwicklung betont und deshalb die Erarbeitung einer Lokalen Agenda beschließt.
3. Ein Agenda-Prozess braucht klare Verantwortlichkeiten durch Ansprechpartner in der Verwaltung und einfache und übersichtliche Arbeitsstrukturen.
4. Aufgrund der Fülle der in der Agenda 21 enthaltenen Themen ist eine Schwerpunktsetzung durch Auswahl wichtiger Themen unerlässlich. Je nach Gemeindegröße sollte eine begrenzte Zahl von Themen in Arbeitsforen bzw. Arbeitskreisen aufgegriffen werden.
5. Keine Lokale Agenda 21 beginnt bei Null. Eine Bestandsaufnahme zeigt, was bereits geleistet worden ist und macht vorhandene Projekte zu Bausteinen der Lokalen Agenda 21.
6. Der Agenda-Prozess muß ergebnisorientiert sein. Neben Leitvorstellungen und Zielen müssen konkrete Schritte und Maßnahmen das Arbeitsergebnis des Agenda-Prozesses sein.

Weiterer Erfahrungsaustausch

Das Agenda-Büro und die Stadt Stuttgart veranstalten am 20. April 1999 gemeinsam einen Erfahrungsaustausch zu Ablauf und Gestaltung Lokaler Agenda-Prozesse. Es sollen dort auch Fragen zur Ansprache von Zielgruppen wie Frauen, Schülern und Jugendlichen, Wirtschaft und Handwerk sowie Initiativen aus dem sozialen Bereich und zum bürgerschaftlichen Engagement diskutiert werden.

Margareta Barth
Präsidentin der Landesanstalt für Umweltschutz
Baden-Württemberg

Griesbachstr.1
76185 Karlsruhe

Tel. 0721/983-1298
Fax 0721/983-1324

E-Mail: Margareta.Barth@x400.lfuka.um.bwl.de

Lokale Agenda 21: Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Zum Beispiel Friedrichshafen sind weitere Informationen im "Aktions-Info 17: Bürgerforen in Friedrichshafen" kostenlos über das Agenda-Büro erhältlich.

Gemeinschaftsinitiative Lokale Agenda Stuttgart

Die Bausteine für den Stuttgarter Weg

Peter Launer, Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 in Stuttgart

1. Nicht erst seit Rio '92: beispielhafte zielführende kommunale Impulse

Bereits vor dem Lokalen-Agenda-Prozeß hat die Stadt zahlreiche Projekte initiiert: Energietisch zum „Klimaschutzkonzept Stuttgart 21/KLIKS, Umsetzung der Grundsätze für nachhaltige Siedlungsentwicklung für den FNP 2010, offene Bürgerbeteiligung zu Stuttgart 21, Ziele der Verwaltungsreform - bürgerorientierter Dienstleistungsbetrieb. Zielsetzung und Leitidee der nachhaltigen Stadtentwicklung werden besonderen Ausdruck finden bei der Internationalen Bauausstellung/IBA (2002 - 2007). Mit der IBA will die Stadt einen konkreten Beitrag zur nachhaltigen Lebensumgebung leisten. Das Projekt Stuttgart 21 symbolisiert auch die Anpassungsfähigkeit der Stadt an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und ist besonders geeignet, das Ziel der nachhaltigen Stadtentwicklung programmatisch in einzelnen Projekten umzusetzen.

2. Initiativphase

Oktober 1996: Verständigung zwischen Volkshochschule Stuttgart und der Stadt, den Lokalen Agenda-Prozeß in Kooperation zu initiieren. Im Frühjahr 1997: Gründung des Initiativkreises Lokale Agenda Stuttgart/ILA. Im Oktober/November 1997: verschiedene Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Bildung der Fachkonferenzen.

3. Der politische Wille

Januar 1997: OB Dr. Schuster bestimmt als Verwaltungsziel die Erstellung einer Lokalen Agenda. Februar 1997: OB Dr. Schuster legt Umweltleitlinien für die Stadtverwaltung fest mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung. Januar 1998: Einstimmiger Gemeinderatsbeschuß.

4. Organisatorische Grundlagen des Lokalen Agenda-Prozesses

Sieben Fachkonferenzen entsprechend den Handlungsfeldern der Agenda 21. Strukturierte Fachkonferenzen (gewählte Sprecher, professionelle Moderation, Zusammensetzung hälftig interessierte Bürger bzw. Organisationsvertreter), Einrichtung einer Steuergruppe, öffentliche Agenda-Foren, **A g e n d a - K o n f e r e n z e n**, Einstiegsveranstaltungen für neu interessierte Bürger. Einrichtung einer städtischen Agenda-Koordinierungsstelle beim Referat Umwelt, Sicherheit und Ordnung, interne städtische Agenda-Arbeitsgruppe.

Alle sieben Geschäftskreise der Verwaltung leisten einen Gemeinschaftsbeitrag und stellen innerhalb ihres Budgets 15.000 DM für 1998 und 1999 für die Arbeit der Fachkonferenzen zur Verfügung (für professionelle Moderation, den Partizipationsprozeß und Öffentlichkeitsarbeit).

In Stuttgart ist ein externer, ergebnisoffener Agenda-Prozeß unter Federführung der Volkshochschule Stuttgart festgelegt worden. Die Stadt ist Akteur und Partner der Akteure. Sie kann und will den Prozeß nicht dominieren. Dieser Ansatz findet große Akzeptanz in der Bürgerschaft. In dem zunächst auf zwei Jahre angelegten Agenda-Prozeß soll bis Herbst 1999 ein Handlungsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet werden (mit festgelegten Zielen und Maßnahmen zur Zielerreichung). Wichtige Schritte sind:

- Bestandsaufnahme städtischer „nachhaltiger“ Leitbilder/Leitlinien und Projekte
- Bausteine sind die Handlungsempfehlungen des Dt. Städtetages, erweitert um Handlungsfelder wie Soziales, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Gesundheit. Ab Januar 1999 Diskurs über die Gesamtschau der städtischen „nachhaltigen“ Aktivitäten in den

Fachkonferenzen.

- Aspekte im Dialog mit Dritte-Welt-Ländern
Ein Schwerpunkt: Beteiligung an entwicklungsorientierten Zusammenhängen und entwicklungspolitische Aspekte im Dialog mit Dritte-Welt-Ländern im Sinne der Nachhaltigkeit zu fördern.
- Diskurs mit dem Gemeinderat und den Bezirksbeiräten
Für die gemeinsame Arbeit ist eine enge Verzahnung der Aktivitäten mit dem Gemeinderat notwendig. Es ist die Zielvorgabe des Oberbürgermeisters, daß Entscheidungen möglichst bürgernah und vor Ort getroffen werden. Stuttgart hat als Spezifikum für demokratische Meinungsbildungsprozesse in der Kommunalpolitik 23 Stadtbezirke, in die der Lokale Agenda-Prozeß getragen werden muß.
- Beteiligung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Die Beschäftigten der Stadt sind selbst wichtige Akteure. Die Stadtverwaltung bereitet ein umfassendes Fortbildungsprogramm vor.
- Vernetzung mit den Lokalen Agenda-Prozesse der Region und dem Agenda-Büro des Landes
Lokale Agenda-Prozesse erfordern den regionalen und landesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch.

5. Von der Initiativphase in die Entfaltungsphase

Noch im Januar 1998 konstituieren sich die Fachkonferenzen. Einstieg in die Arbeit der Fachkonferenzen mit Zukunftswerkstätten. Überführung der Initiative Lokale Agenda Stuttgart/ILAS unter der Federführung der Volkshochschule Stuttgart in die Steuergruppe Lokale Agenda Stuttgart im April 1998. Einstieg in die öffentliche Leitbilddiskussion für ein zukunftsfähiges Stuttgart. Vorstellung der Leitbild-Entwürfe der Fachkonferenzen im Juni 1998. Die Zusammenfassung der Leitbild-Entwürfe der Fachkonferenzen unter dem Titel „Leitbild zukunftsfähiges Stuttgart - Vision Stuttgart 2030“ sind zentrales Thema beim 3.

Agenda-Forum am 5. November 1998. Erste Handlungsziele und Maßnahmen sollen bis April 1999 formuliert werden, ein Handlungskatalog bzw. Aktionsplan bis September 1999.

6. Entwicklung von Projekten

Das Stuttgarter Modell sieht vor, daß die Leitbilder nicht lediglich theoretisch diskutiert werden. Sie sollen möglichst in Verbindung mit beispielhaften Projekten entwickelt werden.

7. Positionsbestimmung - Anforderungen an die Fortführung der Lokalen Agenda Stuttgart

Bestimmendes Moment im Lokalen Agenda-Prozeß war und ist das große bürgerschaftliche Engagement der Agenda-Aktiven. Es ist jetzt eine Arbeits-Phase erreicht worden, die eine umfassende Professionalisierung des Prozesses erfordert. Was noch benötigt wird, ist die weitere fachliche Begleitung durch Experten, eine umfassender werdende Bürgerbeteiligung durch einen Dialog mit wichtigen Akteuren und gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere aus der Wirtschaft. Die bislang eingestellten Finanzmittel reichen dafür nicht aus. Bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen wird der Gemeinderat darüber entscheiden.

Die Lokale Agenda ist nicht nur ein Prozeß der Verwaltung, sondern in erster Linie ein politischer Prozeß. In diesem Sinn wendet sich der erste Kongreß Lokale Agenda 21 auch an diejenigen, die in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen und die finanziellen Prioritäten im Haushaltsplan setzen. Der Lokale Agenda-Prozeß ist unser Aktions- und Fahrplan“ für die Zukunft im 21. Jahrhundert. Agenda heißt, „Was zu tun ist“. Jeder Einzelne, Bürger, Verwaltung und Politik müssen ihren aktiven Beitrag leisten.

Peter Launer, Stadtverwaltungsdirektor
Koordinierungsstelle Lokale Agenda der
Landeshauptstadt Stuttgart

Postfach 10 60 34
70049 Stuttgart

Tel: 0711/216-6952, Fax: 216-3916,
e-Mail: Peter.Launer@Stuttgart.de

Von Rio nach Friedrichshafen - Bürgerforen und Projektgruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21

Dr. Tillmann Stottele, Stadt Friedrichshafen

Auftrag

Auf den Tag genau vor zwei Jahren hat der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen die Verwaltung beauftragt, unter Beteiligung der Bürgerschaft eine Lokale Agenda 21 zu erarbeiten. Das Amt für Umwelt- und Naturschutz sollte dazu gemeinsam mit der städtischen Volkshochschule öffentliche Vorträge, Arbeitsforen und Diskussionsrunden veranstalten. Parallel dazu sollte der Umweltbericht aus dem Jahre 1990 in Form einer Maßnahmenbilanz fortgeschrieben werden. Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beschloss der Gemeinderat, einen städtischen Umweltpreis auszuloben, der einmal im Jahr an Einzelpersonen, Bürgergruppen und Institutionen verliehen werden kann. Für die professionelle Moderation der Bürgerforen, Referentenhonorare und Öffentlichkeitsarbeit stehen Haushaltsmittel in Höhe von 10 000 DM im Jahr zur Verfügung.

Herausforderung

Anknüpfend an die Zeppelinära der 20er und 30er Jahre, in der Friedrichshafen mit Rio de Janeiro durch eine Luftschifflinie verbunden war, steht der Agenda 21-Prozess unter dem Motto "Von Rio nach Friedrichshafen". Im Logo der Lokalen Agenda erinnern die Türme der Schlosskirche an die verhältnismäßig junge Geschichte der Stadt als Sommerresidenz und Handelshafen des Württembergischen Königshauses. Fleiß, Pioniergeist und Beständigkeit prägen das Selbstverständnis der 56 000 Häfler Bürger, man arbeitet, wo andere Urlaub machen, der Zulieferindustrie der Automobilbranche sind Einkommen und Gewerbesteuern zu verdanken, weshalb die Umweltbewegung in Friedrichshafen nur wenig Rückhalt fand. Erfolge im technischen Umweltschutz stehen Defizite im Freiflächen- und Biotopschutz gegenüber, die Siedlungs-

und Verkehrsentwicklung sowie die fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft sind wie fast überall in Baden-Württemberg alles andere als nachhaltig. Großprojekte wie die Verlagerung der Messe an den Stadtrand und die notwendige Attraktivitätssteigerung der Innenstadt einschließlich dem Bau der B 31-Umgehung stellen die Herausforderung, ökonomische Ziele nicht auf Kosten des Umwelt- und Naturschutzes zu verwirklichen, von dem die Lebensqualität der Bürger in zunehmendem Maße abhängt.

Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung

Vor diesem Hintergrund stellt das mit drei Fachstellen ausgestattete Amt für Umwelt- und Naturschutz seit Anfang 1997 in einer Vielzahl von Vortragsveranstaltungen Ziele und Inhalte der Agenda 21 vor. Seit Herbst 1997 werden unter dem Dach der Volkshochschule Friedrichshafen zu vier bedeutsamen Handlungsfeldern des städtischen Umweltschutzes Bürgerforen angeboten:

Forum 1: *Freizeit und Tourismus im Seeuferbereich*

Forum 2: *Zukunftsfähige Landwirtschaft - Perspektiven für Erzeuger, Vermarkter und Konsumenten*

Forum 3: *Mit dem Fahrrad zur Arbeit - ein Beitrag zum umweltschonenden Stadtverkehr*

Forum 4: *Frauen- und familiengerechte Stadtgestaltung*

Aufgabe der Bürgerforen ist, zu den gewählten Handlungsfeldern Leitziele für die künftige Entwicklung in Friedrichshafen zu formulieren. Diesen Zielvorgaben sind konkrete Maßnahmen und Projektvorschläge zu ihrer Umsetzung zuzuordnen, wobei stets zu überlegen ist, was das Forum selbst zur Realisierung

beitragen kann.

Die Auswahl der ersten drei Handlungsfelder erfolgte auf Vorschlag des Umweltamtes. Forum 4 wurde einige Monate später auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Frauen im Bodenseekreis gegründet; ihm sind eine Projektgruppe des Jugendrates und des Bürgerbüros Kontakt 3 assoziiert. Bei der Themenauswahl ließen wir uns von folgenden Kriterien leiten:

Die Handlungsfelder müssen für die Stadtentwicklung von aktueller Bedeutung sein.

Sie müssen Bürgerforen in überschaubaren Zeiträumen Ergebnisse ermöglichen und für Menschen mit Umsetzungs kompetenz interessant sein.

Die Ergebnisse müssen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen können, fachlich begründet und messbar sein.

Sie müssen für die Medien wie für die Bürgerschaft attraktiv sein und - einmal umgesetzt - einen sinnlichen Bezug haben, so dass sie für jedermann nachvollziehbar sind.

Auf die Auswahl seit Jahren polarisiert diskutierter Themen mit festgefahrenen Fronten wie zum Beispiel der Komplex Umgehungsstraßen, der zudem nicht allein in kommunalpolitischer Entscheidungskompetenz liegt, wurde bewusst verzichtet.

Nach einführenden Auftaktveranstaltungen mit je 25 - 50 Teilnehmern kommen die Bürgerforen einmal im Monat zu abendlichen Arbeitssitzungen mit 10 - 20 Teilnehmern zusammen. Die Foren sind umsetzungsorientiert zusammengesetzt, d.h. neben der offenen Beteiligung der breiten Bürgerschaft konnten gezielt Vertreter wichtiger Berufsgruppen für die Mitarbeit gewonnen werden. Themenbezogen werden außerdem Referenten und Fachgäste geladen, welche die Foren fachkundig unterstützen.

Die Sitzungen der Foren werden durch erfahrene Moderatoren oder das Umweltamt geleitet. Vorbereitung und Ergebnisprotokollierung erfolgen mit Unterstützung der Teilnehmer. Das Umweltamt übernimmt alle anfallenden Sekretariatsarbeiten, allen voran persönliche Einladungen mit Pressemitteilungen und Protokollversand. Unterstützt durch eine umfassende Presseberichterstattung konnten

auf diese Weise viele Menschen auf die Agenda 21 aufmerksam gemacht und rund 150 Menschen für eine regelmäßige Mitarbeit gewonnen werden.

Ergebnisse und Chancen

Nach einem Jahr Forenarbeit liegen eine Vielzahl konkreter Projektvorschläge vor, von denen einige bereits von der Stadtverwaltung oder außenstehenden Partnern zur Umsetzung vorbereitet werden. Hier nur zwei Beispiele: Ausgehend von Forum 3 wurden in einigen Großbetrieben Fahrradgruppen gegründet, die mit Unterstützung des Betriebsrates und der Geschäftsleitung Ziele der Agenda 21-Arbeit umsetzen wollen; 20 Hotels und Gaststätten führen angestoßen durch Forum 1 eine Umweltpflicht nach dem 40-Punkte-Katalog der DeHoGa Baden-Württemberg durch und bewerben sich um das Gütesiegel "Umweltfreundlicher Betrieb". Mit der wichtigste Erfolg ist jedoch, dass alle vier Foren ihre Arbeit über den Herbst 1998 hinaus fortsetzen wollen.

Die Ergebnisse der Bürgerforen werden als Bausteine in die Lokale Agenda 21 der Stadt Friedrichshafen eingehen und dem Gemeinderat 1999 erstmals zur Beschlussfassung vorgelegt. Dies soll schrittweise geschehen, damit der Prozess durch die erreichten Ergebnisse lebendig bleibt und neue Impulse erhält. Es besteht nicht der Anspruch, alle Handlungsfelder durch Bürgerforen bearbeiten zu lassen, wohl aber, diese Form der Bürgerbeteiligung zu einem festen Bestandteil des gesellschaftspolitischen Dialogs und der kommunalen Entscheidungsfindung weiterzuentwickeln, birgt er doch eine ganze Reihe wertvoller Chancen:

Chancen zu einem Dialog zwischen unterschiedlich gelagerten Interessen, der die Umweltdiskussion aus einseitigem Schubladendenken herausführen kann und die beschränkte Umweltschutz-versus-Arbeitsplatz-Diskussion hinter sich läßt.

Chancen für neue Partnerschaften, um notwendige Veränderungen trotz knapper öffentlicher Kassen, festgefügtter Strukturen und häufig mangelndem oder verdrängtem Problembewußtsein zu erreichen.

Chancen für eine lebendige Bürgerbeteiligung, zumindest auf kommunaler Ebene. Voraussetzung ist allerdings, dass Wirtschaft, Verwaltung und Politik dem Mitgestaltungswunsch der Bürger nicht mit Argwohn und Abwehr begegnen und sich ihm auch in Grundsatzfragen stellen.



Stottele, Tillmann, Dr. rer. nat., Diplombiologe
Leiter des Amtes für Umwelt- und Naturschutz
der Stadt Friedrichshafen

Postfach 2440
D - 88014 Friedrichshafen

Tel. (0049) 07541/203-397
Fax (0049) 07541/203-339

Volkshochschulen als Forum der Lokalen Agenda

Dr. Bodo Degenhardt
Volkshochschulverband Baden-Württemberg

“Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung. Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine “Kommunale Agenda 21” beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsens würden die Kommunen von ihren Bürgern und ihren örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisation lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen.” (Aus: Agenda 21, Kapitel 28).

Wie und mit wem können nun die geforderten Prozesse zur Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 in den einzelnen Städten und Gemeinden eingeleitet und durchgeführt werden? Wer kann die notwendige Infrastruktur für die Kommunikation zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, den Fachleuten und den kommunalen Entscheidungsträgern bereitstellen? Wo gibt es bereits ein Erfahrungsfeld in der Organisation von gemeinsamen Lern- und Bildungsprozessen unterschiedlicher Menschen?

In Baden-Württemberg arbeiten derzeit 164 selbständige Volkshochschulen mit 834 Außenstellen. Das sind fast genau 1000 gemeinde- und bürger/innen-nahe Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. In nahezu allen Städten und

Gemeinden gibt es also eine vhs - weltanschaulich neutral, überparteilich und nicht kommerziell ausgerichtet. Neben einem breiten Bildungsangebot in den Programmbereichen Arbeit und Beruf, Sprachen, Gesundheit, Kultur und Gestalten liegt ein besonderer Schwerpunkt der vhs im Themenfeld Politik - Gesellschaft - Umwelt. Eine ganzheitlich konzipierte, politische, soziale und ökonomische Aspekte einschließende ökologische Bildung gehört seit jeher zu ihrem Standardangebot. So bieten die Volkshochschulen an vielen Orten das ideale unabhängige Forum für die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21. Zur Zeit finden an mehr als 30 Volkshochschulen unterschiedlicher Größe und verteilt im ganzen Land derartige Aktivitäten statt - zumeist in enger Kooperation mit kommunalen Stellen und verschiedenen lokalen Einrichtungen, Gruppen und Verbänden. Drei Mitwirkungsebenen können unterschieden werden:

Informieren und Motivieren durch Erfahrungsberichte und Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und Exkursionen sowie öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltungen;

Aktivieren und Initiieren im Rahmen von Seminaren und Arbeitskreisen, Zukunftswerkstätten und Vorbereitungsgruppen, Durchführung von Begleitveranstaltungen;

Koordinieren und Moderieren bei der Organisation von Bürgerbeteiligung und der Mitwirkung an Agenda-Tischen und Bürgerforen, Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben.

Alle diese beschriebenen Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 gibt es derzeit an Volkshochschulen in Baden-Württemberg - allerdings in unterschiedlicher Intensität, Systematik und zeitlicher Abfolge, so wie es

dem lokalen Diskussions- und Entwicklungsstand entspricht. Der Volkshochschulverband Baden-Württemberg unterstützt die Volkshochschulen bei ihren Aktivitäten und fördert den Informations- und Erfahrungsaustausch. Ziel ist es, unter den Volkshochschulen in Baden-Württemberg, die im Rahmen der Lokalen Agenda 21 aktiv sind, ein geeignetes Netzwerk zu knüpfen und dieses tragfähig auszugestalten.

Dr. Bodo Degenhardt
Volkshochschulverband

Tel.: 07 11 / 75 900 37
Fax.: 0711 / 75 900 41

AGENDA 21

Nachhaltige Entwicklung durch Diskurs

Ortwin Renn

Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg

1. Das Konzept der Nachhaltigkeit

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der **Forstwirtschaft** und bedeutet, daß nur soviel Holz geerntet werden darf, wie in dem jeweiligen Anbaugebiet nachwächst. Die Idee hat die sog. Brundtland-Kommission übernommen. Mit dem Begriff der Sustainability hat sie eine Entwicklung gekennzeichnet, bei der die folgende Generation die **gleichen Chancen zur wirtschaftlichen Entfaltung** besitzen müsse wie die heute lebende Generation. Mit der internationalen Umweltkonferenz in Rio ist das Konzept des "Sustainable Development" dann global zu einem Leitbild für zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung geworden.

Wenn auch weltweit Übereinstimmung darüber besteht, daß Nachhaltigkeit ein **normatives Leitbild** zur Verwirklichung einer intergenerationalen Gerechtigkeit darstellt, so ist die konkrete Ausgestaltung dieses Postulats weitgehend umstritten. Denn das, was künftigen Generationen als Erbe hinterlassen werden soll und muß, hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Bewertung des Erbes ab. Vielfach wird als Erbschaft nur die Menge der **natürlichen Ressourcen** verstanden, die, von den heutigen Menschen genutzt, folgenden Generationen nicht mehr vollständig zur Verfügung stünden. Darüber wird leicht vergessen, daß zur Erbschaft auch die **wirtschaftlichen Errungenschaften** einer Volkswirtschaft gehören, die mit Hilfe von Kapital, Arbeit und Natureinsatz geschaffen worden sind. Die einseitige Fokussierung auf natürliche Ressourcen ist deshalb problematisch.

Ebenso problematisch ist aber auch eine zu breite Definition von Nachhaltigkeit. In der öffentlichen Diskussion wird Nachhaltigkeit oft in die ökologische, ökonomische und soziale Komponente gegliedert. Unter **ökologischer**

Nachhaltigkeit wird eine Entwicklung verstanden, bei der die Naturressourcen nur in dem Maße genutzt werden, daß ihr Potential auch künftigen Generationen zur Verfügung steht. Unter dem Begriff der **ökonomischen Nachhaltigkeit** wird eine Entwicklung beschrieben, die wirtschaftliche Prosperität und Vollbeschäftigung auch für kommende Generationen ermöglicht. Schließlich bedeutet **soziale Nachhaltigkeit**, daß die Grundbedürfnisse des Menschen auch in Zukunft gestillt würden und größere Verteilungskonflikte ausgeschlossen seien. So einsichtig die Aufteilung in drei Komponenten auch ist, so schwierig ist es jedoch, diese drei Aspekte der Nachhaltigkeit gleichzeitig anzustreben.

Aus dieser Problematik heraus hat die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden Württemberg ein Konzept zur Nachhaltigkeit vorgelegt, das sich zunächst an den Bedingungen und Anforderungen einer ökologisch orientierten Zukunftsfähigkeit ausrichtet, ohne damit aber der ökologischen Nachhaltigkeit Priorität vor der wirtschaftlichen oder sozialen Nachhaltigkeit einzuräumen. Alle drei Komponenten sind als gleichrangig einzustufen. Es macht aber Sinn, sich zunächst um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu bemühen, da sie eine Grundbedingung zur Aufrechterhaltung von wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Entfaltung darstellen. Nachhaltigkeit wird in diesem Sinne als ein **Zielbündel** verstanden, das der heutigen Generation hilft, die natürlichen Ressourcen (Rohstoffe und Senken) nur soweit in Anspruch zu nehmen, wie dessen Potential auch künftigen Generationen noch zur Verfügung steht. Diese Definition schließt auch die Überlegung ein, daß künftige Generationen andere **Maßstäbe zur Bewertung** der Natur haben werden als die Generation heute. Da wir diese künftigen

Präferenzen heute noch nicht vorhersehen können, müssen wir uns darauf beschränken, das für kommende Generationen zu erhalten, was uns selbst als erhaltenswert erscheint.

Auf der Basis dieser Definition lassen sich relativ klare Zielvorgaben und Verhaltensregeln entwerfen. Diese Regeln können durchaus im Widerspruch zu den Zielen der wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit stehen. Aus diesem Grunde sieht das Akademiekonzept vor, daß Maßnahmen zur Erreichung einer **ökologisch definierten Nachhaltigkeit** nicht im Widerspruch stehen dürfen zu allgemein anerkannten **Zielen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Sozialverträglichkeit**. Das Konzept geht also davon aus, daß zunächst einmal die Ziele der ökologischen Nachhaltigkeit definiert, daraus Maßnahmen abgeleitet und schließlich diese Maßnahmen auf **Zielkonflikte** zu wirtschaftlichen und sozialen Zielen hin "abgeklopft" werden. Dabei entstehen auch Querverbindungen zu anderen Bereichen der Nachhaltigkeit, wie etwa Erhalt von Arbeitsplätzen oder Schaffung von neuen Wissensbeständen. Falls sich Maßnahmen finden lassen, bei denen Zielkonflikte zwischen den drei Komponenten nicht auftreten, wird automatisch das umfassende Ziel der Nachhaltigkeit, nämlich alle drei Zielbündel parallel zu verfolgen, erreicht. Sind solche Maßnahmen nicht in Sicht, dann gilt es nach Abwägung aller möglichen Folgen, zwischen den verschiedenen Zielbündeln eine abgewogene Entscheidung zu treffen. Diese Vorgehensweise hat sich pragmatisch bewährt und ist von der Philosophie einer schrittweisen aber stetig voranschreitenden Verbesserung in Richtung auf ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept geprägt.

2. AGENDA 21

Zusammen mit den Vereinbarungen zum Rio-Protokoll aus dem Jahre 1992 wurde eine Liste von Maßnahmen und Aktivitäten aufgestellt, die unter dem Begriff "Agenda 21" bekannt geworden sind. Ein wichtiger Teil daraus ist die Lokale Agenda 21. In diesem Dokument sind konkrete Anregungen zu den Möglichkeiten und Aktivitäten von lokalen Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung

aufgeführt. Im Folgenden sind die vier wichtigsten Anregungen aufgeführt:

1. In einem lokalen Umfeld sollten nur so viele natürliche Rohstoffe eingesetzt bzw. verbraucht werden, daß die Versorgung künftiger Generationen mit diesem Rohstoff nicht gefährdet wird.
2. Im Rahmen lokaler Umweltnutzung sollten nur so viele Emissionen und Abfallstoffe in die Umwelt entlassen werden, wie sie verkraften bzw. abbauen kann.
3. Im Rahmen lokalen Wirtschaftens sollten Umweltbelastungen nicht außerhalb des lokalen Umfeldes exportiert werden. Dies gilt vor allem für globale Schadstoffe oder klimarelevante Emissionen.
4. Die Veränderungen auf lokalem Wege sollten in einem kommunikativen Prozeß der Bewußtseinsbildung und der Übernahme von gemeinsamer Verantwortung erfolgen. Nachhaltigkeit sollte nicht verordnet werden, sondern sich als Folge kollektiver Einsicht in aktivem Handeln in der eigenen Lebenswelt niederschlagen.

In der Diskussion um Nachhaltigkeit gibt es keineswegs Einigkeit darüber, welche politischen **Instrumente** geeignet sind, um die vier Strategien wirksam zu implementieren. Zur Verfügung stehen regulative, planerische, anreizorientierte, partizipativ-kooperative und informativ-erzieherische Instrumente. Für die lokale Agenda 21 eignen sich insbesondere kommunikative und diskursive Instrumente, wie Runde Tische, Bürgerforen, Konsensuskonferenzen u.a.m.

Gerade weil Nachhaltigkeit eine ethische Forderung darstellt, deren Durchsetzung die Anwendung ökologischer und ökonomischer Wissensbestände erfordert, läßt sich eine nachhaltige Entwicklung ohne neue politische Prozesse der Willensbildung und kollektiven Entscheidungsfindung kaum vorstellen. Die herkömmlichen Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft müssen durch neue partizipative Elemente ergänzt werden, durch die nachhaltige Verhaltensweisen ins individuelle Bewußtsein rücken und damit die Basis für eine Bereitschaft zur Umorientierung in der Politik schaffen. Kooperative Diskurse

als Strategien für Nachhaltigkeit

Es versteht sich von selbst, daß Partizipation stets ein offener Prozeß sein muß, man also nicht die Ergebnisse der Beteiligung im voraus bestimmen kann. Bedenkt man aber das ausgeprägte Umweltbewußtsein und die offenkundige legitimatorische Basis für eine nachhaltige Politik, dann erscheint die Zuversicht gerechtfertigt, daß ein offener und vollständiger Austausch von Argumenten und Hintergrundinformationen zum Thema Nachhaltigkeit das Verantwortungsgefühl der Teilnehmer stärkt und bei entsprechenden Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen die Bereitschaft zu einer nachhaltigen Politik erhöht. Wie diese im einzelnen aussehen mag, muß sich im Prozeß der Meinungs- und Urteilsbildung herauschälen.

3. Fallbeispiele

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung hat sich in der Vergangenheit mit Fragen der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und der Methode diskursiver Planung und sozialen Lernens intensiv auseinandergesetzt. In einer Reihe von Projekten werden beide Elemente miteinander verbunden.

So hat die Akademie den Ulmer Bürgerinnen und Bürger geholfen, Handlungsrichtlinien für die Bereiche Verkehr, Stadtplanung und Energieverbrauch zu erarbeiten. Mit Hilfe einer sogenannten Konsensuskonferenz erhielten zufällig ausgewählte Personen sowie Freiwillige die Möglichkeit, sich in vielen Sitzungen mit der Materie vertraut zu machen, Experten anzuhören, Materialien zu studieren und intensiv miteinander zu diskutieren, um dann eine gemeinsame Empfehlung an die Stadt zu formulieren.

Ein ähnlicher Prozeß fand im Städtedreieck Donaueschingen, Bräuningen und Hüfingen statt. Dort versammelten sich Vertreter von Interessengruppen sowie Bürgergruppen um einen Runden Tisch, um eine Vision für die Region im Jahre 2010 zu entwickeln und darauf aufbauend Umweltqualitätsziele festzulegen.

Darüber hinaus werden Fallbeispiele aus unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen bear-

beitet, an denen die Umsetzungsmöglichkeiten und -schwierigkeiten exemplarisch identifiziert und analysiert werden. Zur Zeit beschäftigt sich die Akademie mit zwei Fallstudien: Der Beitrag der Innovationen von ausgewählten Unternehmen auf eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur sowie die Potentiale des Einzelhandels für nachhaltige Sortimentsgestaltung, Betriebsführung und Kundenberatung.

Literatur Knaus, A. und Renn, O.: *Den Gipfel vor Augen - Wege in eine nachhaltige Entwicklung* (Metropolis: Marburg 1998) mit CD

Kastenholz, H.; K.-H. Erdmann und M. Wolff. *Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt*, Berlin (Springer 1996)

Pfister, G. und Renn, O.: *Ein Indikatorsystem zur Messung einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg*. Arbeitsbericht Nr. 64. Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Stuttgart (Dezember 1996)

Renn, O. und Kastenholz, H.: Ein regionales Konzept einer nachhaltigen Entwicklung. *GAIA Ecological Perspectives in Science, Humanities, and Economics*, Heft 5, Nr. 2 (1996), S. 86-102 Renn, O.: Nachhaltiger Konsum als Herausforderung. *Zukünfte*, Heft 20, 6. Jahrgang (1997), S. 12-15

Renn, O.: Nachhaltigkeit aus der Perspektive des Unternehmens. In: *Von der Vision zur Praxis. Nachhaltiges Wirtschaften als Perspektive für Unternehmen*, hrsg. von UnternehmensGrün. München (Ökom-Verlag 1997), S. 9-26

Renn, O.: Gestaltungsmöglichkeiten für eine lebenswerte Zukunft. In: *Blickpunkt Umwelt*. Das Themenheft für Meinungsbildner aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nr. 3 (1995), S. 36-37

Von der ökologischen Stadtentwicklung zur Lokalen Agenda 21

Das „Programm 2001 - Ökologische Stadtentwicklung Ravensburg - Lokale Agenda 21“, auf das im ersten Vortrag eingegangen wird, ist kostenlos als Aktions-Info 10 im Agenda-Büro erhältlich.

Ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung Ravensburg

Oberbürgermeister Hermann Vogler, Stadt Ravensburg

In Ravensburg sind wir den Weg zur ökologischen Stadtentwicklung und zur Lokalen Agenda 21 über einzelne Projekte und nicht über ein Leitbild am Anfang gegangen. Das Leitbild war ein erweiterter Landschafts- und Flächennutzungsplan aus der Mitte der 80er und später in der Fortschreibung Mitte der 90er Jahre.

Ökologische Stadtentwicklung als Thema hat seinen Anfang in Ravensburg Mitte der 80er Jahre vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion in den Medien, gefördert durch das Naturschutzzentrum des BUND mit unabhängigen privaten Initiativen und ausgelöst durch einzelne fundamentale Positionen im Gemeinderat - aber auch durch die Arbeit der Stadt- und Regionalplanung.

Für den Gemeinderat in seiner Mehrheit war der Wald das anschauliche Lehrbuch für Ökologie - etwa durch die Erfahrung, daß junge Bäume von selber und sogar besser wachsen als gepflanzte. Oder daß das Laub im Wald nicht liegen bleibt, sondern in den Kreislauf der Natur zurück geht. Naturverträgliche Waldwirtschaft ohne Pestizide war seit Ende der 80er Jahre für Ravensburg selbstverständlich. Das Waldsterben hat jene verunsichert, die zur Umwelt als Zukunftsthema noch keine Beziehung hatten, insbesondere daß daran auch das Auto schuld sein sollte.

Positiv für Politik und Öffentlichkeit waren die Erfahrungen in der Ravensburger Abfallwirtschaft. Mit Erfolg und in Zusammenarbeit mit dem Landkreis hat seit 1989 die Umweltbeauftragte die Menschen zum Vermeiden und Sortieren gebracht. Das "Müll-Barometer" auf dem Marienplatz ging sichtbar tiefer. Landkreis und Stadt können sich heute über eine erfolgreiche nachhaltige Abfallwirtschaft bei niedrigen Tarifen freuen.

1989 hat die damalige Bundesbahn zwischen Ravensburg und Friedrichshafen sieben kleine Haltepunkte geschlossen. Die Region hat das nicht hingegenommen, sie ist "auf den Zug aufgesprungen". 1992 haben Friedrichshafen und Ravensburg mit Meckenbeuren und den beiden Landkreisen die Bodensee-Oberschwaben-Bahn-Gesellschaft gegründet, die Bahn fährt seit 1994 mit Erfolg moderne Nahverkehrszüge mit neuen Haltepunkten und Bahnhöfen 40 % mehr Passagiere als vorausgesagt. Bahnfahren gehört wieder zum guten Image.

Mit dem Stadtbus ohne Fahrplan - in Ravensburg seit 1987 schrittweise mit dem Taktverkehr auf inzwischen 11 Linien und mitten durch die Innenstadt möglich. Vor 10 Jahren haben nicht wenige Vertreter der Wirtschaft den Nahverkehr als "Faß ohne Boden" bezeichnet - heute wird der Bus auch als Kundenbringer aus der Region geschätzt. 5 Mio. Passagiere im Jahr bei 900.000 DM Defizit ist keine schlechte Leistung.

Zum Bus nicht viel weiter als zum Auto - dies war der nächste konsequente Schritt. Im neuen Wohngebiet "Domäne Hochberg" gibt es im Wohnumfeld keine Autos, aber sicheres Spielen für Kinder - 720 Wohnungen, davon über 500 Sozialwohnungen, werden über eine Busschleife erschlossen, Autos bleiben am Rand oder in der Tiefgarage. Es war eine harte Debatte im Gemeinderat - wie immer, wenn es um das Auto geht - und mit den Bauträgern, aber auch mit den künftigen Nutzern, die daran gewöhnt sind, daß das Auto "neben dem Sofa" steht.

Die Stadt mit den Augen von Kindern und Fußgängern erleben und planen - ein Modellprogramm, das dem Gemeinderat und den Planern die Augen geöffnet hat. Projekte mit Schulklassen und Vorortenerlebnisse des Gemeinderates haben sich gelohnt - Stück für Stück werden seit 1996 Projekte für Fußgänger

umgesetzt.

Energie war sehr lange ein einseitiges Thema. Mit Erfolg haben die Stadtwerke im Inversionsgebiet des Schussentals und der Bodenseeregion Erdgas gegen Öl durchgesetzt und damit Luftschadstoffe verringert. Aber: Die Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energiequellen war Nebensache. 1991 - 1993 hat Ravensburg für 137 Wohnungen und Häuser eine solargestützte Nahwärmeversorgung über das Bundesprogramm "Solarthermie 2000" gebaut. 1996 - 98 wurden 270 Sozialwohnungen grundlegend saniert, wärme gedämmt und an ein Nahwärmenetz mit zwei Hackschnitzelanlagen angeschlossen - mit dem Ergebnis von bis zu 60 % Energieeinsparung.

"Schulen schalten auf Spargang" - ein Projekt, das Hamburger Erfahrungen nach Ravensburg umgesetzt hat und Kindern Energie als Thema und Lust auf Einsparen von Energie und Wasser vermittelt. Die Schule behält das eingesparte Geld und die Gebäudewirtschaft der Stadt weiß, wo weitere Investitionen zur Energieeinsparung notwendig sind.

Lebensmittel aus der Region im Bauernmarkt Ravensburg - ein Projekt von über 30 Landwirten, die sich in einer e. V. zusammengeschlossen haben. Sie sind koordiniert vom Landwirtschaftsamt und bieten täglich in der Markthalle beim Rathaus frische Lebensmittel aus der Region an. Allerdings keine Erdbeeren an Weihnachten oder Trauben an Ostern. Der Bauernmarkt hat sich mit großen Anstrengungen seit 1994 beim Kunden durchgesetzt.

Hinter dem Wohlstand ist noch eine Welt - Ravensburger Schülerinnen und Schüler erfahren seit vielen Jahren an praktischen Projekten über das Leben in Entwicklungsländern. Die Stadt stockt das Geld für kommunale Projekte auf. Sie hat ein eigenes Vorhaben in der Stadt Huehuetenango in Guatemala: Ravensburg finanziert Schulbücher für die öffentlichen Schulen, den Aufbau von Landapotheken und den landwirtschaftlichen Wegebau. Einmal im Jahr, am "Entwicklungspolitischen Tag" tauschen Kirchen, freie Gruppen und Vereine, UNICEF u. a. ihre Erfahrungen mit ihren Projekten aus.

Schwierig am Ravensburger Weg war es, bei den einzelnen Projekten immer wieder den Blick aufs Ganze zu richten.

Erfolgreich und positiv war das schrittweise Lernen und Interesse gewinnen an Natur und Umwelt und am größeren Zusammenhang einer nachhaltigen Entwicklung.

Ohne unabhängige Initiativen und fundamentale Positionen, aber auch ohne eine engagierte Stadt- und Regionalplanung wäre Ravensburg bei der ökologischen Stadtentwicklung nicht auf den heutigen Stand gekommen - 1998: Platz 16 von 223 Städten im Kommunalwettbewerb der Deutschen Umwelthilfe.

Voraussetzung ist auch, daß die Initiativen zur ökologischen und nachhaltigen Stadtentwicklung von der Führung und vom Gemeinderat mitgetragen werden und daß Programme und Projekte konsequent "von der Spitze her" betrieben werden - in Ravensburg mit der Umweltbeauftragten im Agenda-Büro.

Ravensburg wird 1999 - im Jahr der Kommunalwahl - Arbeitskreise, Foren und Bürgerbeteiligung zur nachhaltigen Stadtentwicklung durchführen. Der Zeitpunkt ist bewußt gewählt, weil wir darin die Chance sehen, bei den Bürgerinnen und Bürgern Interesse zum aktiven Mitmachen bei der Kommunalwahl 1999 zu fördern.

Vogler, Hermann, Oberbürgermeister
Stadt Ravensburg

Marienplatz 26
88212 Ravensburg

Tel.: 07 51/82-2 22/Fax: 07 51/82-4 80
E-Mail: stadt.ravensburg@t-online.de

Der Stadtentwicklungsplan als Grundlage der Lokalen Agenda Heidelberg

Bruno Schmaus, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg

Ein weiter Weg beginnt mit dem ersten Schritt

Laotse

Vorbemerkung

In Heidelberg gibt es zahlreiche Aktivitäten, die die Ziele der Agenda 21 und der Charta von Aalborg für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen. Ein spezielles Agenda-Programm wurde jedoch nicht verabschiedet. Warum, zeigen die folgenden Ausführungen.

Ein Stadtentwicklungsplan hat nicht automatisch etwas mit "Nachhaltigkeit" zu tun. Allerdings stellt er ein geeignetes Instrument dar, über seine Zielvorgaben themenübergreifend eine Richtschnur für Verwaltungs- und Planungsvorgänge zu geben und zur Konsensbildung in der Öffentlichkeit beizutragen. Er kann mit einem nachhaltigen Leitmotiv zur Grundlage für eine Lokale Agenda 21 werden und diese ersetzen. In Heidelberg ist dies der Fall.

Nachhaltige Stadtentwicklung hat nach der Auffassung der Stadt Heidelberg nur dann eine Chance, wenn der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft wird mit der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Chancengleichheit. Alle Programme und Maßnahmen haben sich danach auszurichten. Maßgeblich ist dabei die Konsensfindung zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen sowie die Verankerung in einem vernetzten, regionalen und globalen Zusammenhang. Nachhaltigkeit erfordert den Dialog zwischen

den verschiedenen, zum Teil widersprüchlichen Fachplanungen und den verschiedenen Vertretern von Partikularinteressen. Nachhaltigkeit (Zukunftsfähigkeit) muß zum zentralen Leitmotiv für die gesamte Verwaltung werden und kann nicht nur an ein Amt oder eine Stabsstelle "delegiert" werden. Die Verzahnungen und der gleichgewichtige Ansatz müssen erkennbar sein, die Umsetzung muß ernsthaft verfolgt werden.¹

Heidelbergs Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung

In Heidelberg wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Rahmenplänen und Grundsatzbeschlüssen erarbeitet, die einen programmatischen Rahmen für die konkrete Planung und Stadtentwicklungspolitik ergeben. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie alle dem Umweltschutz eine große Bedeutung zumessen und um eine Vernetzung der Themen bemüht sind. An vorderster Stelle sind dabei die Leitlinien und Ziele des neuen Stadtentwicklungsplans zu nennen. Jener greift als klassisches gesamtplanerisches Instrument das Thema der Nachhaltigkeit direkt auf.

Im Februar 1997 wurden im Heidelberger Gemeinderat die "Leitlinien und Ziele" (Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 Leitlinien und Ziele) des neuen Stadtentwicklungsplans verabschiedet. Dem Beschluß ging eine ausführliche Diskussion in einem speziell dazu eingerichteten Beirat sowie in einer interessierten Öffentlichkeit voraus.

¹ Vgl. hierzu Paul Velsing, der in dem Artikel "Lernen von anderen" die Position vertritt, daß Nachhaltigkeit "keine operationalisierbare, exakt zu berechnende Zielgröße, sondern ein ethischer Imperativ (sei)", in: BMBau, Verstädterungsprozeß und Nachhaltigkeit. Herausforderung für Politik und Gesellschaft in Deutschland. Wissenschaftler beziehen Stellung. Habitat II, Bonn 1996, S. 25

Besondere Erwähnung verdient der dabei über zweieinhalb Jahre (Oktober 1994 bis Februar 1997) beschrittene Verfahrensweg, der zu einer kontinuierlichen Aktivierung und Mobilisierung der interessierten Öffentlichkeit über Podiumsdiskussionen, Workshops, Informationsbroschüren, Berichtsbände etc. führte.²

Die Erstellung des Stadtentwicklungsplans (STEP) erfolgte in verschiedenen **Bausteinen**:

1. Stärken-Schwächen-Analyse
Ermittlung der aktuellen und zukünftigen Potentiale und Nachteile Heidelbergs
2. Entwicklungsszenarien
Erstellung unterschiedlicher Zukunftsentwürfe und Handlungsanforderungen. Diskussion der Vor- und Nachteile unterschiedlicher kommunaler Strategien im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung
3. Leitlinien und Ziele
Erstellung eines Zielsystems mit Leitlinien. Aufzeigen von Handlungsanforderungen, Entwicklungsgrenzen und Methoden einer Erfolgskontrolle
4. Modell Räumliche Ordnung
Festlegung der künftigen räumlichen Entwicklungsoptionen, Raumbezogene Aussagen über Zuordnung, Ausdehnung und Struktur diverser Nutzungen, Ausweisung eines Zentrenmodells/Freiflächenkonzepts
5. Konzept zur Konsensfindung und Umsetzung
Empfehlung zur weiteren öffentlichen Diskussion, Organisationskonzept zur Zielumsetzung

Die Besonderheit des Stadtentwicklungsplans liegt in der inhaltlichen Ausrichtung der Leitlinien und Ziele. Vor allem in der Präambel, aber auch in den einzelnen Zielkomplexen

wird auf die erforderliche nachhaltige Entwicklung der Stadt im Sinne der Agenda 21 und der Charta von Aalborg Bezug genommen. Ungewöhnlich für eine Kommune - also für einen lokalen Akteur - ist der Hinweis auf die globale Verantwortung für Umwelt und Entwicklung. Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Worthülse, sondern wird in acht Zielbereichen genau konkretisiert, soweit dies auf der gesamtplanerischen Ebene überhaupt möglich ist.

Stadtentwicklungsplan als Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung

Der Stadtentwicklungsplan bekennt sich zu einer nachhaltigen, gleichgewichtigen Entwicklung sowie zur intergenerativen und globalen Verantwortung. Der sparsame Umgang mit den eigenen Ressourcen, die Einhaltung von Entwicklungsgrenzen sind Hauptziele. Die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Verhinderung von Ausgrenzung, die Bewahrung der Arbeitsplatzsicherheit sowie die Einbeziehung der Bürger- und Bürgerinnen an Entscheidungen sind weitere Schwerpunkte. Stadtentwicklungsplanung wird als die Gestaltung des künftigen Zusammenlebens von Menschen verstanden und ist damit mehr als eine nur räumliche Entwicklungsplanung: Stadtentwicklungspolitik hat einen sozialen Bezug und eine soziale Verpflichtung.³

Die **Präambel** für das neue Leitbild enthält folgende Grundaussage:

„Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die Leitziele des Stadtentwicklungskonzepts aus dem Jahr 1974

² Vgl. hierzu die Auflistung der Podiumsveranstaltungen, Workshops, Foren etc. im Rahmen der entsprechenden Dokumentationen der Stadtverwaltung. So hat z. B. die Stadtverwaltung in neun Dokumentationsbänden den gesamten Entstehungsverlauf bis zur Verabschiedung des neuen Stadtentwicklungsplans veröffentlicht. In einem Band sind sämtliche 360 Stellungnahmen und Änderungsanträge zum Diskussionsentwurf enthalten. Die öffentliche Debatte war von Dezember 1995 bis Februar 1997.

³ Stadt Heidelberg, Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 Leitlinien und Ziele, Heidelberg 1997, S. 7

dienen dabei als Grundlage.“⁴ Alle Ziele stehen gleichwertig nebeneinander; sie sind Ziele und Voraussetzungen in einem.

Konkret wird u. a. gefordert:

- den Flächenverbrauch in allen Bereichen zu senken
- die quantitative Entwicklung zu begrenzen: Bis 2010 soll die Einwohnerentwicklung von heute 139.900 auf max. 143.000, die Arbeitsplätze von heute 92.500 auf max. 94.000, die Zahl der Wohnungen um max. 700 Einheiten/Jahr die Wohnfläche/Person um max. 2,5 qm anwachsen.
- Grün- und Erholungsflächen zu bewahren und einen funktionierenden Naturhaushalt zu stärken, Umweltqualitätsziele einzuführen
- den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen zu vermindern und den Klima- und Emissionsschutz voranzutreiben
- das städtebauliche Leitbild der “Stadt der kurzen Wege” mit einer erhöhten Lebens- und Aufenthaltsqualität zu verfolgen
- einen umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr zu fördern
- eine stabile wirtschaftliche Entwicklung anzustreben, bei dem ein sozial und ökologisch verträgliches Arbeitsplatzangebot mit verstärkt regionalen Warenströmen entsteht
- die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben sowie Selbsthilfeinitiativen zu unterstützen
- soziale Ausgrenzung zu verhindern
- die Akzeptanz/Tolerierung der verschiedenen Kulturen und Religionen zu gewährleisten, die Bewältigung der Migrationsprobleme als Querschnittsaufgabe anzusehen
- das Menschenrecht auf Wohnung zu sichern
- die Gleichstellung von Mann und Frau zu garantieren
- die Beteiligung aller Bürger- und Bürgerinnen an Planungsprozessen zu fördern
- die regionale Kooperation und gemeinsame Aktionen für eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben

Alle beteiligen, Planung als Dialog

Ein besonderes Anliegen der Stadt Heidelberg ist es, fortlaufend Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zur **Partizipation** an Diskussions- und Entscheidungsprozessen anzubieten. Die Aktivitäten werden von der Mehrheit des Gemeinderates unterstützt.

Wie bereits beschrieben, ging der Verabschiedung des Stadtentwicklungsplans ein ausführlicher Diskussions- und Beteiligungsprozeß voraus. So wurden mit den ersten STEP-Bausteinen umfangreiche Analysen und Szenarien zur Stadtentwicklung vorgelegt, die eine wichtige Entscheidungsgrundlage bildeten. Das Verfahren war so angelegt, die unterschiedlichen Positionen in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen.

Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, das Ringen um den richtigen Weg, war am Konsens orientiert. Alle Änderungsvorschläge zum Entwurf des Stadtentwicklungsplans - darunter allein 360 aus der Öffentlichkeit - wurden in einer Synopse dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Davon wurden 40 berücksichtigt. Der verabschiedete, mit einem Umfang von 32 Seiten leicht lesbare Stadtentwicklungsplan, wurde sowohl als Broschüre in einer Erstauflage von 5.000 Exemplaren als auch im Internet (www.heidelberg.de/stadtentwicklung) veröffentlicht.

Zusammen mit den Partizipationsansätzen in anderen Bereichen (Stadtteilrahmenpläne, Zukunftswerkstätten für Frauen, Verkehrsforum, Tourismusleitbild, etc.) kann für Heidelberg ein umfangreicher, teilweise vorbildlicher Konsultationsprozeß konstatiert werden. Vor allem der seit 1992 angelaufene Prozeß, für alle 14 Stadtteile sogenannte **Stadtteilrahmenpläne** zu erstellen, ergänzt den Stadtentwicklungsplan auf der konkreten lokalen Ebene. Die nachhaltige Entwicklung kann durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Die eigentliche Bedeutung liegt aber darin, daß sie eine Lücke in der Bürgerbeteiligung dort schließen, wo eine

⁴ Stadt Heidelberg, Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 Leitlinien und Ziele, Heidelberg 1997, S. 8

unmittelbare Betroffenheit und die Möglichkeit zur Selbstverantwortung und Eigeninitiative besteht, nämlich in den Stadtteilen.

Prozeß ohne breite Aufbruchstimmung zum Scheitern verurteilt

Viele Projekte würden - unabhängig von der Zustimmung im Gemeinderat - ohne das Engagement von zahlreichen **Akteuren** außerhalb der Verwaltung scheitern. Das Engagement reicht von Projekten privater Initiativen (z.B. Heidelberger-Tafel, Gebrauchsgüter- und Car-Sharing, Öko-Audit in der Hotellerie, Unterstützung des ökologischen Landbaus in Ruanda etc.), über die Beteiligung der Universität und wissenschaftlichen Instituten bis hin zu zinsgünstigen Umweltkrediten der Sparkasse Heidelberg. Besondere Erwähnung verdienen zwei Initiativen, der **„Initiativkreis Nachhaltiges Heidelberg“**⁵ und der **„Arbeitskreis Nachhaltige Kurpfalz“**.

Agenda-Arbeitsgruppe als Querschnittsaufgabe gebildet

Innerhalb der Verwaltung wurde 1998 nach einer Clearingphase durch zwei verwaltungsinterne Workshops eine **Agenda-Arbeitsgruppe** beim Referat der Oberbürgermeisterin als Querschnittsaufgabe eingerichtet. Für sie wird dezernatsübergreifend Personal aus den jeweiligen Schlüsselämtern zeitlich befristet abgestellt. Sie hat neben der verwaltungsinternen Umsetzung vor allem die Aufgabe, den Agendaprozeß zu moderieren und zu fördern. Eine Schlüsselposition nimmt dabei die Öffentlichkeitsarbeit ein. In einer Testphase von einem Jahr soll überprüft werden, welcher organisatorischer Aufbau und welche Struktur für die Umsetzung des Agendaprozesses am optimalsten ist.

Kritische Bilanz durchgeführt

Um beurteilen zu können, welche Maßnahmen tatsächlich als **„nachhaltig“** anzusehen sind, wurde 1996 das **ifeu-Institut** für Energie- und Umweltforschung beauftragt, die bisherigen Aktivitäten der Stadt unter dem **„Dach“** der Agenda 21 zusammenzufassen und zu bewerten. Diese **Evaluierung** wurde 1997 abgeschlossen.⁶

Neuer Stadtentwicklungsplan ersetzt Leitlinien einer Lokalen Agenda 21

In der Bewertung der bisherigen Aktivitäten der Stadtverwaltung Heidelberg zur Verwirklichung der Empfehlungen der Agenda 21 kommt die ifeu-Studie zu dem Schluß, daß mit dem Stadtentwicklungsplan in Kombination mit den Stadtteilrahmenplänen eine Lokale Agenda 21 auf einer programmatischen und konsultatorischen Ebene bereits in weiten Teilen realisiert ist. **„Eine weitere Grundsatzentscheidung oder ein weiteres Rahmenprogramm könne sich damit erübrigen....Mehr kann von einem erfolgreichen Agenda-Prozeß kaum erwartet werden.“**⁷ Statt einen erneuten Diskussionsprozeß zu beginnen, wird empfohlen, den **Stadtentwicklungsplan als „Heidelberger Agenda 21“** aufzufassen. Da der Stadtentwicklungsplan ein klassisches Planungsinstrument sei, würde die Agenda 21 in ungewohnter Weise in das Verwaltungshandeln integriert werden. Dies wäre auch im Städtevergleich ein interessantes Vorhaben.⁸

Resümee

Heidelberg hat in der Vergangenheit bereits viele Maßnahmen eingeleitet, die sich unter dem **„Dach“** der Lokalen Agenda 21 zusammenfassen lassen. Der neue Stadtentwicklungsplan ist wegen seiner am Nachhaltigkeitsprinzip orientierten

5 Zur Aufgabenstellung vgl. hierzu: Initiativkreis Nachhaltiges Heidelberg, Grundlage und Organisationsmodell für eine Heidelberger Agenda 21, Diskussionsentwurf (Stand: 29.04.1996)

6 Stadt Heidelberg, Nachhaltiges Heidelberg - Für eine lebenswerte UmWelt. Darstellung und Bewertung bisheriger Aktivitäten der Stadtverwaltung und Vorschläge für eine **„Lokale Agenda 21“**, Studie des ifeu-Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH, Lang- und Kurzfassung, Heidelberg 1997

7 Stadt Heidelberg, Nachhaltiges Heidelberg..., a.a.O., Langfassung, S. 96

8 Stadt Heidelberg, Nachhaltiges Heidelberg..., a.a.O., Kurzfassung, S. 21

Zielaussagen geeignet, die Leitlinien für eine Lokale Agenda 21 in Heidelberg zu ersetzen. Die u. a. durch die Stadteilrahmenpläne und speziell in den Zukunftswerkstätten für Frauen erreichte Beteiligung an Planungsprozessen oder der durch die Initiativegruppe Nachhaltiges Heidelberg e. V. etablierte Runde Tisch sind weitere Anhaltspunkte für die gelungene Vernetzung und Moderation des Prozesses innerhalb der Bürgerschaft. Die Bürger und Bürgerinnen schätzen die Offenheit der Verwaltung und die weitgehende Transparenz von Verwaltungsentscheidungen. Sie fühlen sich ernst genommen, ihre Beteiligung und das Engagement bei Planungen ist hoch. Dennoch gilt auch hier, daß seit langem angestrebte Ziele aus Konsens- oder Geldmangel der Umsetzung harren. Auch in Heidelberg gibt es noch Nachhaltigkeitslücken, sie ist aber im Vergleich zu vielen anderen Städten in der Umsetzung weiter.

Grundsätzlich muß auch in der **"Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz 1996/97"** trotz der progressiven Leitlinien und der bereits eingeleiteten Verfahren weiter um die Ziele und Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gerungen werden. Wegen der in der Mehrheit konsensorientierten Verfahren benötigen die Entscheidungen in Heidelberg mehr Zeit, ist der Betreuungs- und der Personalaufwand bis zur Umsetzung deutlich

höher als anderswo. Die danach erreichte Identifikation mit den Zielen oder Maßnahmen ist jedoch um ein Vielfaches höher.

Anhang

Ausgewählte Aktivitäten der Stadt Heidelberg im Rahmen der Lokalen Agenda 21:⁹

Auf der programmatischen Ebene:

- der neue Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 (Präambel: Nachhaltige Entwicklung)
- die ifeu-Studie (zur kritischen Beurteilung städtischer Aktivitäten)
- die Stadteilrahmenpläne¹⁰
- das Städtebauliche Leitbild und der Dichteplan
- der Verkehrsentwicklungsplan (Priorität: - Förderung des Umweltverbundes)
- das Tourismusleitbild Heidelberg 2010
- die Unterzeichnung der Charta von Aalborg 1994
- die Mitgliedschaft beim Klimabündnis der Städte¹¹
- die Heidelberg-Deklaration der Bürgermeister zum Klimaschutz und zur Energieeinsparung¹²
- die Teilnahme am WHO-Projekt "Gesunde Städte"
- Beteiligung an der Habitat II-Konferenz in Istanbul¹³
- das integrierte Abfallwirtschaftskonzept zur Vermeidung und Verwertung
- das Projekt "umweltfreundliches

⁹ Die folgenden Aussagen sind weitgehend der Stellungnahme der Stadt Heidelberg vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt" zum Thema "Kommunen und nachhaltige Entwicklung - Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21" entnommen. (Kommissionsdrucksache 13/3c vom 14.11.1996).

¹⁰ Bisher liegt für alle Stadtteile (Größenordnung: 3.000 - 17.000 Einw.) der Teil 1 (Bestandsaufnahme, Prognose und Bewertung) vor, für vier der Teil 2 (Entwicklungsvorschläge, Maßnahmenkonzept).

¹¹ Es hat zum Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent (Basis: 1987), bis 2010 um 50% durch Nutzung regenerativer Energien, Einsparungen und Verringerung des Individualverkehrsaufkommens zu vermindern. Dem Bündnis sind bisher 400 westeuropäische Städte, Gemeinden und Regionen beigetreten.

¹² Im Rahmen einer ICLEI/OECD-Tagung in Heidelberg wurde am 09.09.1994 eine Deklaration der Bürgermeister verabschiedet, die sich in Anlehnung an das Klimabündnis zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 20 % bis 2005 verpflichtet (Basis:1987). Bis 1999 soll eine Verminderung des Energieverbrauchs um 15 % im kommunalen Kompetenzbereich (Gebäude, eigene Betriebe, Infrastruktur, Fuhrpark) erreicht werden. Voraussetzung ist eine umfassende, bis 1996 zu leistende Bestandsaufnahme sowie eine bis 1997 einzuleitende Kampagne zum Einsatz regenerativer Energien. Bis heute sind der Heidelberg-Deklaration 30 Städte beigetreten.

¹³ Die vom 03.-14.07.1996 in Istanbul durchgeführte "2.UN-Konferenz über menschliche Siedlungen - Habitat II hat sich in der sog. Habitat-Agenda (Ziele + Aktionsplan) und der "Deklaration von Istanbul" auf das Prinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung geeinigt. Heidelberg ist Mitglied im Deutschen Nationalkomitee Habitat II.

Die deutsche Position ist in dem vom der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) herausgegeben Städtebaulichen Bericht "Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebau", Bonn 1996, veröffentlicht.

- Gastgewerbe“, „Friseur und Umwelt“
- die Unterstützung von Beschäftigungsgesellschaften und Selbsthilfeinitiativen

Auf der Handlungs- und Projektebene:

- Schulung aller städtischen Mitarbeiter; Implementierung in das alltägliche Verwaltungshandeln, z. B. „Nachhaltigkeitskasten“ für Gemeinderatsvorlagen
- Kontinuierliche Informations- und PR-Arbeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung
- Durchführung von Podiumsdiskussionen, Stadtteilgesprächen, Hearings, Branchentreffen, Bildung eines Beirats, Workshops im Rahmen der Erstellung der Stadtteilrahmenpläne und des Stadtentwicklungsplans
- Durchführung von Zukunftswerkstätten für Frauen in den einzelnen Stadtteilen, Bildung von Aktionsgruppen in Selbstorganisation
- Beteiligung am EXWOST-Projekt „Städte der Zukunft - Strategien einer nachhaltiger Stadtentwicklung“ als Modellstadt¹⁴
- Beteiligung am ICLEI-Modellprojekt „Kommunale Naturhaushaltswirtschaft“ mit dem Ziel einer dauerhaften Führung eines „Naturhaushaltsplans“ (ökoBudget)
- Modellprojekt Schulsozialarbeit Emmertsgrund
- Eigener Haushaltstitel zur Förderung von Aktivitäten/Projekten der Lokalen Agenda 21
- Bildung eines Verkehrsforums mit ca. 100 Initiativen, Verbänden, Organisationen, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zur Erarbeitung der Zielvorgaben und Maßnahmenvorschläge für den neuen Verkehrsentwicklungsplan
- Tarifliche Angebotsverbesserungen im ÖPNV (Job-Ticket, Studi-Ticket, Seniorenticket), Ausbau und

- Beschleunigung des ÖPNV-Netzes
- Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes
- Kommunale Klimaschutzkampagne
- Einführung eines kommunalen Energiemanagements
- Förderprogramme für Energieeinsparungen und verstärkte Nutzung regenerativer Energien
- Einrichtung einer Klimaschutzberatungsagentur (KLIBA) mit den Nachbargemeinden
- (Rentnerliche) Vergütung bei der Einspeisung regenerativer Energien durch private Anbieter
- Einrichtung eines Unterwasserkraftwerkes der Neckar AG mit 3,1 MW
- Einführung eines Heidelberger Wärmepasses für Wohnhäuser
- „Energietisch“ zum Thema Energieeinsparung in Privatgebäuden unter Beteiligung von Architekten, Gewerbe, Umweltverbänden etc.
- Bildung von sog. E-Teams an Schulen, die den rationellen Energieeinsatz propagieren und überprüfen, Einsatz von Energiebeauftragten und Energieberatern,
- Einführung des ÖKO-Audits bei den Stadtwerken, sie firmieren als Energieberatungsagenturen
- Ökologische Forschungsstation in der Kinder- und Jugendarbeit, Naturschutzveranstaltungen für Kinder- und Jugendliche
- Ökologische Landwirtschaft, Unterstützung der Kreislaufwirtschaft
- Einführung von Bürgerämtern in 11 von 14 Stadtteilen zur Förderung der Dezentralisierung des Infrastrukturangebotes (Stadt der kurzen Wege) und der stärkeren Kundennähe
- Internationaler Erfahrungsaustausch: EU-Projekt über umweltfreundliche Mobilität (Von der EGO- zur OEKO-Mobilität) gemeinsam mit den Partnerstädten Bautzen, Cambridge und Montpellier

¹⁴ Das vom BMBau finanzierte Pilotprojekt (Modellvorhaben) verfolgt das Ziel, nachhaltige Stadtentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich gestützter Strategien und Maßnahmen zu betreiben. Der Förderungszeitraum umfaßt mehrere Jahre. Vgl. hierzu Döhne, H., Krautzberger, M., Nachhaltige Siedlungsentwicklung. Zum Stand der Umsetzung der Weltsiedlungskonferenz Habitat II 1996, in: BBauBl 2/97 S 82f

Dies ist nur eine **Auswahl**, zeigt aber die breite Palette von Programmen und Maßnahmen unter dem Dach der Lokalen Agenda 21.¹⁵ Insbesondere auf der programmatischen Ebene spielen in Heidelberg die **Entwicklung von Zielen und Leitbildern** und die Beteiligung der Bevölkerung (**Partizipation**) an dem Diskussionsprozeß eine entscheidende Rolle. Die globale **entwicklungspolitische Dimension** von Produktion und Konsum ist weniger auf Verwaltungsebene, mehr im Wissenschaftsbereich (Universität, Forschungsinstitute) in Projekte eingebettet.

Schmaus, Bruno
Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und
Statistik Stadt Heidelberg
Postfach 10 55 20
69045 Heidelberg
Tel.: 06221/582150/51, Fax: 06221/58462150/51
email: Stadtentwicklung@heidelberg.det
email: Schmaus.Bruno@heidelberg.de

¹⁵ Vgl. Hierzu Stadt Heidelberg, "Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung der "Lokalen Agenda 21" in Heidelberg", Heidelberg, September 1996 (unveröffentlichtes Manuskript, im Rahmen der Difu-Umfrage erstellt) sowie Stadt Heidelberg, Umweltbericht 1991-1994, Heidelberg o. J.

Nachhaltigkeit in der Verwaltung: Kommunales Öko-Audit

Zu den beiden genannten Beispielen sind folgende Materialien erhältlich:

Die Erfahrungen aus Teningen und den zwei weiteren Modellkommunen Ulm und Kehl werden in den "Arbeitsmaterialien 1: Übertragung des Öko-Audits auf Kommunen und Verwaltungen" dokumentiert, die kostenlos beim Agenda-Büro erhältlich sind.

Ferner ist inzwischen ein Praxisleitfaden mit genauen Beschreibungen und Checklisten auf Diskette unter dem Titel „Umweltmanagement für Kommunale Verwaltungen“ erschienen. Er kostet 18,- DM und ist über die Verlagsauslieferung der LfU bei JVA Mannheim - Druckerei, Herzogenriedstr. 111, 68169 Mannheim, Telefax: 0621-398370 erhältlich.

Die „Umwelterklärung 1998“ der Stadt Leutkirch ist kostenlos erhältlich über: Stadt Leutkirch, Marktstr. 26, 88299 Leutkirch im Allgäu, Tel.: 07561-87172, Fax: 07561-87194. Das „Progamm 2001 - Ökologische Stadtentwicklung Ravensburg - Lokale Agenda 21“ ist als Aktionsinfo 16 kostenlos über das Agenda-Büro erhältlich.

Öko-Audit als Lernprozeß der Verwaltung in Teningen

**Holger Weis, Diplom-Ingenieur
Gemeinde Teningen**

Die Gemeinde Teningen erprobte in der Zeit von Juni 1996 bis Ende 1997 gemeinsam mit den Städten Kehl und Ulm, ob die Öko-Audit-Verordnungen auf Kommunen übertragen werden können.

Teningen war mit 11.500 Einwohnern die kleinste der am Modellprojekt "Kommunales Öko-Audit Baden-Württemberg" teilnehmenden Kommunen. Die Gemeinde ist ein Produkt der Gemeindereform aus dem Jahre 1975 und besteht aus den ehemals selbständigen Gemeinden Teningen, Köndringen mit Landeck, Nimburg mit Bottingen sowie Heimbach. Etwa 20 km nördlich von Freiburg liegend erstreckt sich das Gemeindegebiet vom Kaiserstuhl bis in die Vorbergzone des Schwarzwalds und umfaßt 4.028 Hektar. Das Gemeindegebiet wird von der Bundesautobahn 5, der Bundesstraße 3 und der Rheintalschiene durchzogen und gilt als bevorzugter Gewerbe- und Siedlungsbereich im Umland von Freiburg.

Die Beweggründe für die Gemeinde zur Teilnahme am Modellprojekt waren die bis dahin guten Erfahrungen mit einem Handlungskonzept "Umwelt" der Gemeinde aus dem Jahre 1992, aufbauend auf vorausgegangene Umweltberichte. Schon 1992 wurde erkannt, daß die zentrale Aufgabe des Umweltschutzes in ein in die Zukunft gerichtetes Programm mit vorgegebenen Handlungsgrundsätzen münden muß und die bis dahin abgefaßten Umweltberichte lediglich eine rückblickende Bewertung des Handelns zugelassen haben.

Durch die Teilnahme am Modellprojekt wollte die Gemeinde ihr bis dahin eigenständig erarbeitetes Umweltkonzept überprüfen und fortschreiben und eine Standardisierung des Konzeptes erreichen.

Probleme bei der Einführung

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Handlungskonzept "Umwelt" gab es sowohl von seiten des Gemeinderates als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenig Unverständnis für das Neuerarbeiten einer Konzeption im Bereich des Umweltschutzes für die Gemeinde. Kritische Fragen wurden dann gestellt, wenn für den Einzelnen nicht mehr überschaubare Kleinmengen erhoben werden mußten. Hier zeigte sich dann deutlich, daß es sich um ein Modellprojekt handelt und die Grenzen der Erfassung ausgelotet werden mußten.

Ebenfalls wenig Probleme bereitete das Erfassen der wichtigsten Verbrauchsmengen (Wärmeenergie, Licht- und Kraftstrom, Wasser, Abwasser, Reinigungsmittel), da diese Werte in der Regel vorliegen, jedoch meist nicht in zusammengefaßter und geeigneter Form. Hier bedurfte es einiger Nacharbeit. Somit war das Hauptproblem das Zusammenführen der zum größten Teil vorliegenden Daten.

Lösungsmöglichkeiten

In Teningen wurde zur Lösung des Problems ein eigenes Programm zur Verwaltung der Liegenschaften erstellt, bei dem die genannten wichtigsten Daten direkt von den Sachbearbeitern eingegeben werden und danach zur Abfrage bereitstehen. Die Präsenz der aktuellen Daten läßt sich sehr gut bei der Mitarbeiterschulung - vor allem im Bereich des Reinigungspersonales und der Hausmeister - einsetzen und zeigt dort überraschende Erfolge.

Mittel- und langfristige Ziele des Umweltschutzes lassen sich über das Umweltprogramm fixieren, den entsprechenden Ämtern und Sachbearbeitern zuordnen und in regelmäßigen Abständen überprüfen. Der mit dem Öko-Audit einzuführende regelmäßige Controlling-Prozeß ist hierbei ein ent-

scheidender Fortschritt zum bis dahin verwandten Handlungskonzept "Umwelt" der Gemeinde aus dem Jahre 1992.

Erfolge

Im Rahmen der ersten Umweltprüfung konnten in der Gemeinde Teningen verschiedenste Maßnahmen zur Verbesserung der Informationsgrundlage erreicht werden. Mittels der für die erste Umweltprüfung zu erhebenden Daten wurden parallel Maßnahmen zur Reduzierung von Abfall, Reinigungsmittel und Strom- und Wärmeverbrauch durchgeführt, obgleich die Gemeinde genau in diesen Bereichen in den vorausgegangenen Jahren schon erhebliche Anstrengungen unternommen hat.

Mit den gewonnenen Erkenntnissen aus der ersten Umweltprüfung konnten im Jahr 1998 Maßnahmen zur Sanierung und zur Neubeschaffung in den unterschiedlichsten Bereichen durchgeführt oder geplant werden.

Derzeit steht die Gemeinde Teningen vor der Entscheidung, mit verschiedensten Standorten in den Validierungs- bzw. Registrierungsprozeß einzutreten. Zur Diskussion in der Verwaltung und in den Gremien wurden Angebote für die Validierung der Verwaltung, des Bauhofes, des Freizeitbades und der Bücherei eingeholt. Für die Gemeinde würde dies einen Kostenaufwand von etwa 12 000 bis 15 000 DM betragen.

Ebenfalls zur Diskussion steht der Einstieg in eine "Lokale Agenda 21" in der Gemeinde, bei der die Erfahrungen und die Vorarbeit im Bereich des Öko-Audits ein wichtiger Baustein darstellen werden.

Weis, Holger
Diplom-Ingenieur
Gemeinde Teningen, Umweltbeauftragter

Riegeler Straße 12
79331 Teningen

Tel. 07641/5806-55
Fax 07641/51316

E-Mail: info@teningen.rrz-freiburg.de

Kommunales Öko-Audit im Rathaus, im Bauhof und im Schulzentrum

**Bürgermeister Georg Zimmer
Stadt Leutkirch im Allgäu**

Die Große Kreisstadt Leutkirch liegt im Alpenvorland im württembergischen Allgäu am östlichen Rand des Landkreises Ravensburg. In der Kernstadt und in acht im Jahr 1972 eingemeindeten Teilorte leben auf einer Fläche von 175 km² 23.000 Einwohner. In Leutkirch hat der Umwelt- und Naturschutz bereits eine lange Tradition. Seit vielen Jahren wird auf privater Basis eine engagierte Naturschutzarbeit geleistet. Auch im kommunalen Bereich hat die Stadt Leutkirch auf Initiative von Oberbürgermeister Otto Baumann einen konsequenten Weg beschritten: Seit über zehn Jahren gibt es die Stelle eines Umweltschutzbeauftragten, und vor vier Jahren wurde ein weiterer Mitarbeiter im Bereich Umweltschutz eingestellt. Im Jahr 1995 trat die Stadt Leutkirch nach einstimmigem Beschluß des Gemeinderats dem internationalen Klimabündnis bei und ging damit eine Verpflichtung zur Reduzierung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen ein.

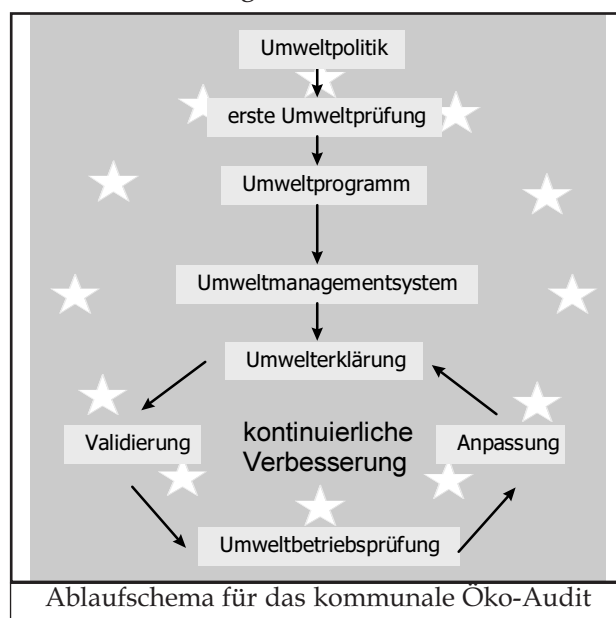
Zusammen mit der Stadt Isny engagiert sich die Stadt Leutkirch seit vier Jahren im "Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Landschaft (PLENUM)". In dem auf fünf Jahre angesetzten Modellprojekt werden neue Ansätze für einen flächenhaften Umwelt- und Naturschutz auf freiwilliger Basis erprobt. Aus dem Projekt PLENUM entstand die Idee zur Durchführung eines kommunalen Öko-Audits in Leutkirch. Die externe Betreuung durch das Alpenforschungsinstitut in Garmisch-Partenkirchen wurde aus Mitteln des PLENUM finanziert. Für die Stadt Leutkirch bot sich damit die gute Chance, unter einer unabhängigen externen Moderation eine Bestandserhebung umweltbezogener Daten zu erhalten und die gesamte Umweltschutzarbeit auf eine feste und dauerhafte Grundlage zu stellen. Trotz der Mitarbeit eines Büros wurde auch von den Mitarbeitern der Verwaltung ein großer Arbeitsaufwand für die Erarbeitung des

Öko-Audits erbracht. Als Einstieg in das Öko-Audit wurden von der Verwaltung die lokalen Ziele der Umweltpolitik formuliert. Diese wurde vom Gemeinderat verabschiedet. Die Präzise aus der Umweltpolitik lautet:

Die Stadt Leutkirch erkennt die Notwendigkeit einer umweltverträglichen Politik. Sie ist Ausdruck ihrer Verantwortung für die Bürger, die Umwelt und künftige Generationen und führt zur Verpflichtung zu einem langfristig angelegten Schutz der Umwelt.

Die Handlungsgrundsätze enthalten beispielsweise die kontinuierliche Verbesserung im Umweltschutz, größtmögliche Bürgerbeteiligung, die Einhaltung rechtlicher Anforderungen und eine intensive interkommunale Zusammenarbeit.

Der Untersuchungsrahmen für das Öko-Audit



wurde von der Verwaltung in Abstimmung mit dem Gemeinderat festgelegt. Für die Untersuchung der Umweltauswirkungen von städtischen Einrichtungen wurden die drei Verwaltungsgebäude, der Bauhof und ein

Schulzentrum mit drei Schulen und einer Sporthalle ausgewählt. Für die Untersuchung der Umweltauswirkungen in kommunalen Handlungsfeldern wurden die Bereiche Verkehr, Energie und Information ausgewählt. Streng nach der EG-Öko-Audit-Verordnung wurden in den Einrichtungen und den Handlungsfeldern anhand von Erfassungsbögen und Checklisten die Umweltprüfungen durchgeführt. Aus den Datenerhebungen wurden dann für diese Bereiche ein Umweltprogramm mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen festgelegt. Erste Erfolge wurden bei der Einsparung von Wasser und Energie erzielt. Mit dem Aufbau eines Umweltmanagementsystems wird die Umweltsache innerhalb der Verwaltung organisiert und als fester Bestandteil in die Verwaltungsarbeit der Stadt integriert. Für die verschiedenen Aufgabenbereiche wie Abfall und Gewässerschutz wurden Beauftragte benannt. In den einzelnen Einrichtungen gibt es Umweltdeligierte. Die Organisation des Umweltmanagements ist in einem

Im Juli 1998 überprüfte ein unabhängiger Sachverständiger die Arbeiten am Öko-Audit und die neu geschaffenen Organisationsebenen nach der EG-Öko-Audit-Verordnung (Validierung). Dabei wurden keine Mängel festgestellt. Damit ist die Stadt Leutkirch gemeinsam mit der Stadt Isny im Allgäu bundesweit die erste Gemeinde, die das Öko-Audit erfolgreich absolviert hat. Das Öko-Audit ist kein abgeschlossener Prozeß. Das Ziel der kontinuierlichen Verbesserung im Umweltschutz wird dadurch erreicht, daß jährlich zur Erfolgskontrolle Umweltprüfungen durchgeführt werden. Aus dem Ergebnis dieser Prüfungen werden die Umweltprogramme laufend angepaßt und erweitert. Neben jährlichen Umweltberichten mit den wichtigsten Umweltdaten wird alle drei Jahre eine umfassende Umwelterklärung veröffentlicht. Diese muß nach der EG-Öko-Audit-Verordnung durch einen externen Gutachter überprüft werden (Revalidierung).

THEMA	MASSNAHME	VERANTWORTLICH / TERMIN
Ressourcencontrolling	Aufbau eines Ressourcencontrolling-Systems für kommunale Einrichtungen <i>Stufe 1:</i> Erfassen des Gebäude- und Anlagenbestandes der Stadt Leutkirch. <i>Stufe 2:</i> Einrichten eines EDV-Systems für die zentrale Erfassung, Auswertung und Dokumentation der Daten sowie für die zentrale Steuerung der Anlagen <i>Stufe 3:</i> Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Optimierung der Anlagensteuerung (z.B. Einzelraumsteuerung in den Schulen sowie in anderen geeigneten Einrichtungen, autom. Herunterfahren der Heizung bei Öffnen der Fenster usw.) Ausweitung des Ressourcencontrolling-Systems auf weitere kommunale Einrichtungen bzw. Anlagen	H. Schlenker 1998 1998/1999 2000
Neubaugebiete	Festlegen eines Anschluß- und Benutzungszwangs an die Wärmeversorgung durch die geplante Holzhackschnitzelanlage. Vernetzung einzelner Wärmeverteilssysteme auch bei künftigen Vorhaben	Stadt Leutkirch läuft
Niedrig- bzw. Niedrigstenergiebauweise	Prüfen der Möglichkeiten, Anreize für die Errichtung von Niedrig- bzw. Niedrigstenergiehäusern bei künftigen Vorhaben in der Stadt Leutkirch zu schaffen. Bereithalten und prüfen entsprechender Informationen aus anderen Kommunen (z.B. Hüfingen).	H. Krumböck / H. Schlenker 1998-2000

Auszug aus dem Umweltprogramm in Handlungsfeld Energie

Umweltmanagementhandbuch dokumentiert, das unter anderem die Stellenbeschreibungen, Dienstsanweisungen und Arbeitsanweisung enthält.

Zimmer, Georg, Dipl. Ing.
Stadt Leutkirch, Bürgermeister

Spitalgasse 1, 88299 Leutkirch

Fon 0 75 61/87-1 50, Fax 0 75 61/87-1 96

Kooperation mit der Privatwirtschaft als Aufgabe der Lokalen Agenda 21

Zu zwei der folgenden Beispiele gibt es ausführliche Informationen als kostenlose Aktionsinfos über das Agenda-Büro:

- Aktionsinfo 9: Gottmadinger Umweltmodell für umweltbewusste und zukunftsorientierte Unternehmen
- Aktionsinfo 2: Arbeitskreis Ökologie und Wirtschaft (Schramberg).

Das Gottmadinger Umweltmodell für umweltbewußte und zukunftsfähige Unternehmen

Eberhard Koch
Gottmadingen

Im Juli 1997 bildete sich in Gottmadingen auf Initiative des BUND und des Steinbeis-Zentrums ein Arbeitskreis mit dem Anliegen, örtliche Firmen für das EG-Öko-Audit zu interessieren.

Dabei wurde deutlich, daß in der Gemeinde überwiegend kleinere Firmen angesiedelt sind, die oft durchaus Interesse und Aufgeschlossenheit für ökologische Aspekte zeigen, eine Teilnahme am EG-Öko-Audit erscheint ihnen aber zu aufwendig und nicht lohnend genug.

Wieviel ist ein kleinerer Betrieb bereit, für ein Umweltprogramm einzusetzen?

Der Arbeitskreis entwickelte das Angebot eines Umwelt-Checks, der die Betriebe je nach Mitarbeiterzahl 1000 - 5000 DM kostet. Geboten wird hierfür Hilfe durch Experten beim Einstieg in ein Umweltmanagementsystem. Das Vorgehen orientiert sich am EG-Öko-Audit, dieses wird aber vereinfacht und auf eine Zertifizierung wird verzichtet.

Der Anreiz für die Firmen liegt vor allem in der Darstellung der Betriebe und ihres Umweltprogramms in einer gemeinsamen Umwelterklärung, die auch zu Werbezwecken verwendet werden kann. Durch die gemeinsame Darstellung wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erreicht. Für die kleinen Firmen zählt in erster Linie der lokale bzw. regionale Markt; ein EU-Zertifikat ist ihnen nicht so wichtig.

Der Grundgedanke des Gottmadinger Modells besteht darin, ohne übermäßigen Aufwand einen ersten Schritt zum Umweltmanagement zu ermöglichen. Für die teilnehmenden Firmen wäre es dann relativ leicht, diesen Öko-Check

zu einem vollen Öko-Audit mit Zertifizierung weiterzuentwickeln. Der niedrige Preis wurde besonders durch die Einbringung ehrenamtlicher Arbeit ermöglicht.

Das Modell ist bei den örtlichen Firmen auf Resonanz gestoßen. 12 Betriebe mit jeweils 2 bis 60 Mitarbeitern konnten sich zur Teilnahme entschließen. Die Gemeinde übernahm eine Vorbildrolle und beteiligt sich zunächst mit dem Schwimmbad.

Teilnehmende Betriebe	
Gemeinde Gottmadingen	Schwimmbad
Sparkasse Gottmadingen	Sparkasse
Ottilienquelle Randegg	Mineralwasser
Brachat	Landmaschinen
Haustechnik Ruh	Heizung/Sanitär
WBG Gottmadingen	Wohnungsbaug.
Schoch	Architekt
Hänsler	Textilien
Schuler	Malermeister
Heinemann	Malermeister
Gerlach	Energieplanung
Weinhaus Fahr	Getränke

Drei lokal ansässige größere Firmen treten als Sponsoren auf. Sie arbeiten bereits an einem Umweltmanagementsystem mit dem Ziel einer Zertifizierung. Sie erhalten Gelegenheit, sich in der Umwelterklärung kurz mit ihren ökologischen Zielen zu präsentieren.

Sponsoren	
COWA Service	Reinigung
Kverneland	Landmaschinen
Contigas	Energieversorgung

In Anlehnung an das EG-Öko-Audit besteht das Gottmadinger Umweltmodell aus sechs Schritten.

Gemeinsame Umweltleitlinien
Umwelt-Check

Umweltprogramme
Gemeinsame Umwelterklärung
Verleihung Gottmadinger Umweltzertifikat
Umweltbetriebsanalyse (periodisch)

Die öffentliche Vorstellung der Umwelterklärung und die Überreichung der lokalen Zertifikate ist für März 1999 geplant.

Eberhard Koch
Dipl.-Psychologe

BUND-Ortsgruppe Gottmadingen

Ehrenamtlicher Umweltbeauftragter der Gemeinde
Gottmadingen

Arbeitskreis Ökologie und Wirtschaft Schramberg

Oberbürgermeister Dr. jur. Herbert O. Zinell, Stadt Schramberg

Entstehungsgeschichte und Zielsetzung

Der Arbeitskreis "Ökologie und Wirtschaft" wurde auf Anregung aus der Schramberger Wirtschaft eingerichtet. Bei einem Firmenbesuch des Ausschusses für Umwelt und Technik des Gemeinderates der Stadt stellte sich heraus, daß die einheimischen Betriebe sehr wenig über die umweltbezogenen Aktivitäten anderer Unternehmen in Schramberg und der Raumschaft wissen.

Um den Wissenstransfer unter den Betrieben in diesem Sektor zu fördern, griff die Stadtverwaltung die Anregung auf und rief den Arbeitskreis "Ökologie und Wirtschaft" ins Leben.

Organisation und Teilnehmer

Die Organisation des Arbeitskreises obliegt dem Wirtschaftsförderer der Stadt Schramberg. Er lädt die Mitglieder des Arbeitskreises im Namen des Oberbürgermeisters zu den Zusammenkünften ein. Die Veranstaltungen selbst werden vom Oberbürgermeister moderiert.

An den Sitzungen des Arbeitskreises nehmen, in teilweise wechselnder Besetzung, neben Fachleuten aus Schramberger Betrieben auch Mitglieder des Gemeinderates, des Umweltbeirates der Stadt, Angehörige der Stadtverwaltung Schramberg und Vertreter der Medien teil.

Bisherige Veranstaltungen

Der Arbeitskreis hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1992 insgesamt 13 mal getroffen. Bis auf die Gründungsversammlung im Rathaus und eine Veranstaltung bei den Stadtwerken Schramberg, fanden die Zusammenkünfte in den Räumen von Handwerks- und Industriebetrieben in Schramberg und Umgebung statt.

Regelmäßig stellen die Verantwortlichen des einladenden Unternehmens ihren Betrieb und ihre umweltrelevanten Investitionen, Produktionsmethoden, Einrichtungen und gegebenenfalls Produkte vor. Nach der obligatorischen Betriebsbesichtigung findet dann ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch statt, bei dem das Gesehene und Gehörte vertieft wird. Soweit hiervon Betriebsgeheimnisse nicht berührt werden, bieten diese Gesprächsrunden den angestrebten Wissenstransfer, z. B. in den Bereichen Abwasser- und Abfallbehandlung, Wasseraufbereitung, Regenwassernutzung, Heizungstechnologie, Vermeidung von umweltschädlichen Produktionsmitteln, Abwärmenutzung und auf anderen, einschlägigen Gebieten.

Betriebsübergreifende Themenstellungen

Die Veranstaltungen des Arbeitskreises werden auch zur Darstellung weiterer und betriebsübergreifender Themen genutzt. Als Beispiele hierzu seien angeführt:

- Neue Verpackungsverordnung
- Wirtschaftlichkeitsaspekte des Umweltschutzes
- Abfallgesetzgebung
- Ökoaudit und andere Zertifizierungen
- ÖPNV, insbesondere sogenanntes "Jobticket"

Als Referenten für die unterschiedlichen Themen konnten regelmäßig Fachleute der Betriebe, der Umweltbeauftragte der Stadt, Vertreter der örtlichen IHK und externe Wirtschaftsexperten gewonnen werden. Einen Höhepunkt stellte 1994 das Referat und die Diskussion mit dem damaligen Umweltminister des Landes Baden-Württemberg, Herrn Harald B. Schäfer, bei der Firma Schweizer Electronic AG dar.

Resümee und Ausblick auf die künftige Arbeit des Arbeitskreises

Trotz der Tatsache, daß sich nicht alle eingeladenen Betriebe an der Arbeit des Arbeitskreises beteiligen, hat sich die Einrichtung dieser Institution gelohnt. Das wird auch daran deutlich, daß der Arbeitskreis "Ökologie und Wirtschaft" über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung findet, wie beispielsweise die Einladung eines großen Industrieunternehmens aus einer Nachbarstadt beweist. Der Arbeitskreis erfüllt seine Zielsetzung. Die Betriebe haben in vielfacher Weise voneinander gelernt und die eine oder andere Anregung im eigenen Unternehmen umgesetzt.

Die Führungskräfte und Fachleute der teilnehmenden Betriebe haben aber nicht nur umweltrelevantes Anwendungs-know-how ausgetauscht, sondern sich auch wechselseitig das Bewußtsein dafür geschärft, daß Umweltinvestitionen unter betriebswirtschaftlichen Aspekten durchaus interessant sein können. Darüber hinaus sind, sozusagen als "Nebenprodukt", vor Ort Geschäftsbeziehungen entstanden, die lange Verkehrswege vermeiden helfen.

Nicht zu unterschätzen ist außerdem der Gewinn an Transparenz über das Wirtschaftsgeschehen in und um Schramberg und das persönliche Kennenlernen unter den Vertretern der beteiligten Betriebe und Unternehmen.

Darüber hinaus konnte der Kontakt zwischen den Repräsentanten der Wirtschaft und der Stadt Schramberg weiter vertieft werden, mit dem Erfolg, daß dadurch auch das Standortbewußtsein deutlich gestärkt wurde.

Für die Zukunft kommt es nun darauf an, die Betriebe als dauerhafte Partner für eine Politik der Nachhaltigkeit im Sinne der Lokalen Agenda 21 der Stadt Schramberg zu gewinnen beziehungsweise zu binden.

Darüber hinaus sollen weitere Wirtschaftszweige, wie beispielsweise die Landwirtschaft, in die Aktivitäten des Arbeitskreises einbezogen werden und schließlich ist geplant, auf Sicht auch das Nord-Süd-

Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu thematisieren und auf die Tagesordnung des Arbeitskreises zu setzen.

Durch den Arbeitskreis "Ökologie und Wirtschaft" ist es der Stadt Schramberg gelungen, mit einem wichtigen Teil der Gesellschaft einen Konsultationsprozeß in Gang zu bringen. Die Stadt Schramberg kommt damit einem der Ziele der Konferenz der "UN für Umwelt und Entwicklung" in Rio 1992 näher, nämlich dem Dialog zwischen Kommunen und örtlicher Wirtschaft im Rahmen der Agenda 21. In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, daß damit auch ein weiterer Beitrag zur praktischen Umsetzung der Kommunalleitbilder und der Klimaschutzkonzeption der Stadt Schramberg geleistet wird.

Dr. Herbert O. Zinell
Große Kreisstadt Schramberg
Oberbürgermeister

Postfach 80
78701 Schramberg

Tel: 07422/29200
Fax: 07422/29333

Hinweise auf Veröffentlichungen des Autors:

Keine Angst vor dem Bürger –
Aus Betroffenen Beteiligte machen –
Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in
Schramberg, in SGK-Aktuell 5/1997, S. 16 ff.

Kommunalleitbilder als Hilfe zur
Zukunftsorientierung, BWGZ 1997, S. 225
(zusammen mit Herrn Hermann Körner).

Das Gesellschaftsmodell des Grundgesetzes
und die Kommunale Wirklichkeit –
Spezialisten für Zusammenhänge,
BWGZ 1996, S. 207.

Das Öko-Audit-Projekt der Stadt Karlsruhe

Bürgermeister Ullrich Eidenmüller Stadt Karlsruhe

Das EG-Öko-Audit als europaweit eingeführtes Instrument zur kontinuierlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes bietet erkennbare Vorteile für Unternehmen, die ein solches Umweltmanagementsystem einrichten. Insbesondere auch die in Anhang I der EG-Öko-Audit-Verordnung niedergelegten Handlungsgrundsätze der Umweltpolitik und zu behandelnden Gesichtspunkte im Betrieb sowie die Aufforderung der AGENDA 21 (Kapitel 28/30) an die Kommunen zum Dialog mit der Wirtschaft, lassen ein Projekt zur Vermittlung der Anforderungen an ein solches Umweltmanagementsystem aus Sicht der Stadt Karlsruhe interessant erscheinen.

Im März 1997 wurde durch die Stadt Karlsruhe mit neun klein- und mittelständischen Betrieben aus unterschiedlichen Branchen ein entsprechendes Pilotprojekt begonnen, das durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde. Ziel dieses Projektes war es, klein- und mittelständischen Betrieben am Standort Karlsruhe eine kostengünstige Möglichkeit zur Erarbeitung und Umsetzung der Anforderungen nach der EG-Öko-Audit-Verordnung oder der DIN ISO 14001 zu ermöglichen.

In halbtägigen Arbeitssitzungen, koordiniert und moderiert durch städtische Vertreter, wurden den Projektteilnehmern die Inhalte und Anforderungen der beiden Umweltmanagementsysteme durch ein externes Büro in eigens hierzu erstellten zehn "Bausteinen" vermittelt und in der Gruppe erarbeitet. So angeleitet, wurden dann durch die Teilnehmer selbst die betriebsinternen Daten erhoben sowie Listen erstellt. Von den am Projekt beteiligten neun Betrieben mit 10 bis 109 Mitarbeitern kamen sechs aus dem produzierenden Gewerbe und drei aus dem Dienstleistungsbereich. Die Projektteilnehmer

waren: Eine Druckerei (wegen Standortaufgabe ausgeschieden), eine Bäckerei, ein Süßwarenproduzent, ein metallverarbeitender Betrieb, ein Reifenerneuerungsbetrieb, ein Systemelektronikunternehmen, eine Autoreparatur-/lackierwerkstatt, ein Tiefbauunternehmen sowie ein Ingenieurbüro für Altlasten und Umweltberatung.

Als **Motivation zur Projekt-Teilnahme** war von den Betrieben folgendes genannt worden:

- Motivation der Mitarbeiter/innen für den betrieblichen Umweltschutz
- Persönliche Weiterbildung
- Klassifizierung eingesetzter Rohstoffe und Hilfsmittel hinsichtlich ihres Gefährdungspotentials
- Erfassung des umweltrelevanten Inputs / Outputs im Betrieb
- Verbesserungen im Bereich der Abfallwirtschaft
- Kostensenkungen
- Positive Effekte beim Umgang mit Behörden sowie anderen Betrieben

Der Werbeeffect eines Umweltmanagementsystems beim Privatkunden wird derzeit von den Betrieben eher gering eingeschätzt.

Die **ökonomischen und ökologischen Effekte** in Folge der Projektteilnahme waren wie folgt:

- zwei Betrieb nannten deutliche Einsparungen
- ein Betrieb nannte eine allgemeine Steigerung des Kostenbewußtseins
- bei drei Betrieben wurden keine nennenswerten Kostensenkungen erzielt
- zwei Betriebe machten hierzu keine Angaben

Als größte Kosteneinsparung wurden ca. 50.000.- DM pro Jahr genannt. Erreicht wurde dies durch Verbesserungen in der Abfalltrennung sowie im Ressourcenverbrauch (Strom-Leistungsspitzen; Wasser). Ein weiterer Betrieb nannte Einsparungen beim Energieverbrauch von 30%, wobei die dafür erforderlichen Investitionen sich in einem Jahr amortisiert haben.

Ein weiterer Projektteilnehmer erkannte den relativ hohen Papierverbrauch als Problem und befaßte sich in Folge mit den Möglichkeiten, unnötige papierverbrauchende Arbeitsgänge zu vermeiden. Die erzielbare Kostensenkung war hier allerdings gering. Optimierungen bei der Abfallentsorgung und Wertstoffeffassung waren bei allen Teilnehmern möglich.

Fünf Monate nach Projektende sind zwei von acht Betrieben nach DIN ISO 14001 zertifiziert. Ein Betrieb strebt ergänzend auch die Validierung nach EG-Öko-Audit-Verordnung an. Ein weiterer Betrieb möchte die Validierung nach der EG-Öko-Audit-Verordnung, nach Verlagerung des Produktions-Standortes in größere Räume, im Frühjahr 1999 durchführen.

Die restlichen fünf Betriebe haben aus unterschiedlichen Gründen derzeit noch eine Validierung / Zertifizierung zurückgestellt. Die Gründe sind u.a.:

- Wird von den Kunden noch nicht gewürdigt, verursacht aber Kosten. Betriebsintern ist man mit dem Erreichten bereits zufrieden.
- Das Qualitätsmanagement geht derzeit vor und bindet Kapazitäten und Finanzmittel.

Einige Betriebe sahen noch Bedarf für eine stärkere Bezugnahme auf die Norm DIN ISO 9000ff, insbesondere Anregungen zur Einbindung der DIN ISO 14001 in ein Qualitätsmanagementsystem. Ein Projektteilnehmer erstellte bereits ein gemeinsames Umwelt- und Qualitätshandbuch.

Im Rahmen eines halbtägigen Workshops, in **Kooperation mit der Bildungsakademie der Handwerkskammer Karlsruhe**, wurde im Mai 1998 über die gemachten Projekt-Erfahrungen berichtet. **Der Workshop** diente dazu,

- das "Karlsruher Modellprojekt" öffentlich

vorzustellen

- die Projektteilnehmer und deren Motivation zur Projektteilnahme vorzustellen
- die Erfahrungen der Projektteilnehmer an interessierte Betriebe weiterzugeben
- die gemachten Ergebnisse und Erfahrungen zu diskutieren
- Folgeprojekte zu initiieren

Die im betrieblichen Umweltschutz Verantwortlichen waren hierzu über die Presse sowie gezielt über die lokale Handwerkskammer und die Kreishandwerkerschaft eingeladen worden. Ziel war es, die im Projekt gemachten Erfahrungen an andere Unternehmen in der Region weiterzugeben. Die gewünschte Resonanz aus dem Handwerk blieb, trotz der gemeinsamen Anstrengungen von Stadt und Handwerkskammer Karlsruhe, jedoch eher gering.

Auf Anregung der Betriebe wurden weitere Treffen zum Erfahrungsaustausch, auch nach dem Projektende im Mai 1998, vereinbart und fanden bereits dreimal statt. Ein Abschlußbericht folgt.

Eidenmüller, Ullrich
Stadt Karlsruhe
Umweltdezernent

Stadt Karlsruhe
Dezernat V
76124 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 133-1050
Fax: 0721 / 133-1059